

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postfachpostamt 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.- Kr. vierteljährlich 48.- Kr., halbjährig 96.- Kr. Für Deutschösterreich monatlich 120.- SK, für Deutschland 16.- Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Der bedrohte Friede.

Ungarische Banden haben gestern früh die Reichswehrtruppen, welche die österreichische Grenze besetzt halten, mit einem dreistündigen heftigen Maschinengewehrfeuer angegriffen, sodaß sich die Reichswehrtruppen eine Zeitlang zurückziehen mußten. Es ist kaum ein Zweifel darüber, daß es sich bei diesem ersten größeren, nach der Räumung Westungarns durch Oesterreich über die Grenze des Burgenlandes hinausgetragenen Angriff um ein Vorpfeilgefecht handelt, dem bald weitere, größere Vorstöße folgen dürften. Da man die innige Verknüpfung der ungarischen Banden mit dem regulären ungarischen Militär ebenso kennt, wie ihre Organisationsform, so wird man nicht annehmen können, daß es sich bei dem Angriff um die Tat einzelner verantwortungsloser Elemente handelt, es erscheint vielmehr gewiß, daß der heimtückische Überfall der österreichischen Truppen eine bewußte Tat der Arroganz der Aufstrebung ist und ebenso den ersten Versuch eines Vordringens der ungarischen Banden auf österreichisches Gebiet, wie die Antwort der hinter der Bandenbewegung stehenden Kräfte auf das die sofortige Räumung Westungarns fordernde Ultimatum der Entente bedeutet. Während sich die Verhandlungen der Ententemächte darüber, wie Ungarn zur Erfüllung der Bestimmungen des Trianoner Friedensvertrages verhalten werden sollen, mühsam dahinschieben, ist man in Ungarn in Kenntnis der gegenwärtigen Verfahrenheit der Ententegewaltigen ebenso unbekümmert aller sanften Mahnungen, wie aller grimmig tuenden Drohnnoten und sogar des Ultimatus frischweg zur Tat geschritten und will mit der „Zurückeroberung“ Westungarns wenn möglich einen Eroberungszug nach Oesterreich verbinden. Mit diesen immer sichtbar werdenden Plänen ist nicht nur die Gefahr neuer blutiger Wirren für Oesterreich allein in unmittelbarer Nähe gerückt, auch alle Nachbarstaaten erscheinen dadurch bedroht. Genaue Kenntnis darüber, was im Bilde unter den „Aufständigen“ vorgeht, ist nicht zu erlangen, doch dürfte man bei der Auslegung der aus Westungarn eintreffenden, etwas dunklen Meldungen nicht fehl gehen, wenn man dort ein Erstarken der karlistischen Bewegung annimmt. Die ersten Führer der Bandenbewegung waren die Bronajs und Hejas, die hinter Horthy standen, während gegenwärtig Dástenburg, der Führer der Monarchisten, die Oberhand gewonnen zu haben scheint, der bestrbt ist, Horthy zu verdrängen und Karl Habsburg an seine Stelle zu setzen. Da nun während der Burgenlandkrise die große Entente so deutlich ihre Schwäche gezeigt hat und man in Ungarn auch die Drohungen der kleinen Entente insofern nicht zu ernst nimmt, als man hofft, daß ihr nicht freie Hand gelassen ist, so halten die ungarischen Karlisten die Stunde für gekommen, ihre monarchistischen Restaurierungspläne in die Tat umsetzen zu können. Daß, um diese Pläne zu verwirklichen, Ströme von Blut fließen, alle Schrecken des Krieges, vereint mit jenen eines ununterbrochenen Vürgerkrieges in weiten Mitteleuropas herausbeschworen werden müßten, das sieht die monarchistischen Strauchritter nicht im entferntesten an. Ueber Schrecken und Mord, Tod und Leiden möchten sie Habsburg Thron wieder aufrichten, damit die schöne Rangstufenleiter wieder erstehe, die ehemals die „Hohen“ und „Niederen“ sorgfältig auseinandertrieb, damit sie, die Mordoffiziere und Hoflakaien, die jeder ehrlichen Arbeit weit aus dem Wege gehen, sich im Strahlenglanz des Hofes sonnen und auf

### Neue Angriffe der Mordbanden.

Gefecht am rechten Leitha-Ufer — 2 tote österreichische Wehrleute — Ungarische Eisenbahner greifen vom Rücken an — Die Oesterreicher schlagen alle Angriffe zurück.

Wien, 24. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Gestern konnten die österreichischen Truppen, welche die Berge am rechten Leitha-Ufer besetzt halten, größere Bandentätigkeit feststellen. Sie sahen auch, wie die Banditen Bahngelände ausrisen. Da man erwarten konnte, daß die Banden einen Angriff unternahmen würden, erhielten die österreichischen Truppen den Befehl, sich auf österreichischen Boden zurückzuziehen. Als sie das Lager bezogen hatten, griffen um halb 4 Uhr früh die ungarischen Banditen an. Ein Wehrmann, der das Lager alarmierte, wurde von einer Kugel getroffen und war sofort tot. Auch ein zweiter Wehrmann wurde schwer verletzt und starb bald darauf. In gleicher Zeit wurden die österreichischen Truppen auch vom Rückens aus überfallen und zwar von ungarischen Eisenbahner, die in Brud beschäftigt sind. Diese hatten nicht nur die ungarischen Banditen in den Bahnhof gelassen, sondern sie hatten auch selber, von den Dächern der Waggonen aus, auf die österreichischen Truppen geschossen. 70 Eisenbahner wurden verhaftet und nach Oesterreich abgeführt, auch der Stationschefin Kizalnikova. Es gelang schließlich den österreichischen Truppen, die Banditen zurückzuwerfen.

Gestern abends gingen ungarische Freischärler bei Lenbach gegen österreichische Gendarmen vor. Sie wurden zurückgeschlagen. Zu gleicher Zeit unternahmen andere Banditen von Neustift aus einen Angriff auf Lasviz. Sie wurden ebenfalls zurückgeschlagen. In Prodersdorf wurde ungarisches Militär festgestellt. Bei Aschau wurden Schützenwachen ausgeschoben. Nach Nachschauen, welche aus Aschau kommen, sollen zwei Angriffe auf Kirchschlag und Hochneulirchen geplant sein.

### Die „Arbeiterzeitung“ über Dr. Veneschs Eingreifen.

Wien, 24. September. In der Presse beschäftigt sich namentlich die „Arbeiterzeitung“ im Leitartikel mit der magyarischen Krise und der Zusammenkunft Dr. Veneschs mit Bundeskanzler Schober. Sie spricht sich offen für ein Bündnis Oesterreichs mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien aus. Eine Entscheidung — so schreibt das Blatt — kann nur und wird nur unter dem Druck der tschechoslowakischen Republik

der Rangsteiter monarchistischen Ruhms zu Würden, Ehren und Posten emporsteigen können.

Von den monarchistischen Raubzugplänen der Friedrich und Dástenburg erscheint in erster Linie die österreichische Arbeiterpartei bedroht, denn über Oesterreich soll die Verbindung mit den bairischen Monarchisten hergestellt werden. Ist erst einmal der Durchbruch zwischen Budapest und München gelungen, dann hofft die Monarchie, in der Vereinigung gestärkt, mit Republik und Demokratie und in den anderen Staatswesen aufzuräumen, die heute noch der Wiederherstellung der monarchistischen Reaktion einen Damm entgegenstellen. So will die karlistische Bewegung die Burgenlandkrise zu einem Vorstoß für die Wiederaufrichtung der alten monarchistischen Ordnung Europas benutzen und sie wird immer hoffnungsfreudiger und dreister, je unentschlüssener und zersplitzter sich die Ententegewaltigen den bisherigen Versuchen der magyarischen Karlisten, den Frieden zu stören, zeigt. Wohl

und Jugoslawiens eintreten. Die Großmächte haben seit Monaten nichts getan, um unser Recht durchzusetzen und uns vor der drohenden Gefahr zu schützen — nur die beiden slavischen Nachbarstaaten Magharsien haben in dieser Sache dasselbe Interesse wie wir. Mag uns das immer trennen gegen die Habsburgerrestauration und gegen die magyarische Unterdrückung verbindet uns mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien die gemeinsame Interesse. Nur eine Verständigung mit ihnen kann uns helfen, wenn Magharsien eine friedliche Lösung unmöglich macht. Alle, die im Herzen noch die Habsburger haben, widersetzen sich allerdings einem Bündnis mit der Tschechoslowakei, welches die stärkste Feste gegen die Habsburgerrestauration darstellt. Aber deshalb auf die einzige wirksame Hilfe gegen die magyarisch-karlistische Abenteuerpolitik zu resignieren, wäre ein offener Verrat gegen die Republik.

### Der Ausschuss für Neuferes unterstützt Schober.

Wien, 24. September. (Tsch. B. B.) Der Ausschuss für Neuferes hat heute die Vertastung fort. Dr. Seipel beantragte nachstehende Entschliessung: Der Ausschuss für Neuferes nimmt den Bericht des Bundeskanzlers über den Stand der burgenländischen Frage zur Kenntnis und billigt das Verhalten der Regierung. Der Ausschuss ermächtigt die Regierung, auch weiterhin alle ihr erforderlich scheinenden Schritte zu unternehmen, damit endlich der von Ungarn unter den Augen Europas verlebte Rechtszustand hergestellt, das Burgenland von seinen Qualen erlöst und der ständigen Beunruhigung der österreichischen Grenzbevölkerung ein Ziel gesetzt werde. Der Passus „billigt das Verhalten der Regierung“, wurde mit Mehrheit angenommen, die Stimme der Sozialdemokraten die restliche Teil der Resolution einstimmig angenommen.

### Italien allein interveniert nicht.

Rom, 24. September. Wie die Blätter melden, hat ein Ministerrat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Bonomi nach einem Exposee des Ministers Marchese della Torretta beschlossen, daß Italien ohne Teilnahme der übrigen Mitglieder der Entente keine Truppen nach Westungarn entsenden soll. Dem „Messaggero“ zufolge habe Marchese della Torretta in seinem Exposee erklärt, es sei die Möglichkeit gegeben, daß Italien nach Durchführung der Friedensverträge eine Aktion anregt, deren Ziel die Regelung des österreichisch-ungarischen Grenzproblems wäre.

hat die Entente nach Budapest ein „Ultimatum“ geschickt, aber gleichzeitig hat sie ihre Schwäche dadurch gezeigt, daß sie sich Ungarn gegenüber Oesterreich als Vermittler angeboten hat. Die Ungarn müßten von Blindheit geschlagen sein, wenn sie diese Schwäche nicht gesehen würden, sie verschließen denn auch die Verhandlungen durch allerlei hinterhältige Züge und vollenenden in dessen ihre militärischen Rüstungen.

Die von Ungarn ausgehende Gefahr wächst von Tag zu Tag, in weiterer Folge auch für uns und die gesamte europäische Demokratie. Wir werden gut tun, ihr fest ins Auge zu blicken. So wie die österreichische Arbeiterpartei es im entscheidenden Augenblicke nicht an Festigkeit und Entschlossenheit fehlen lassen wird, der zum Sturm sich rüstenden monarchistischen Reaktion mit allen Mitteln entgegenzutreten, so werden auch wir es an Wachsamkeit gegenüber den Versuchen der Horthystierung Europas nicht fehlen lassen.

### Bum Görlitzer Parteitag.\*)

Von R. Kautsky.

Noch sind die Verhandlungen des Kongresses der deutschen Mehrheitssozialisten nicht zu Ende. Aber was er bisher zutage gefördert hat, genügt, uns befürchten zu lassen, daß er nicht leistet, was er leisten konnte und sollte.

Wir konstatieren das nicht mit Schadenfreude, sondern mit Trauer. Denn damit wurde die große Wendung im proletarischen Klassenkampf Deutschlands, ja der Internationale, verpaßt, die von Görlitz hätte ausgehen können, wenn man sich der historischen Aufgabe bewußt gewesen wäre, die aus der politischen Situation erwuchs.

Diese Situation erheischte nach der Ermordung Erzbergers und nach der Rebellion der nationalen Münchner Regierung gegen das Reich die größte Geschlossenheit des Proletariats, der einzigen zuverlässigen und kraftvollen Schutzwehr der Republik. Bei der S. P. D., wie der U. S. P. D. machte denn auch der Einigungsgedanke in den letzten Wochen überraschende Fortschritte. Görlitz war bestimmt, die Stimmung zu schaffen, die Stimmung allgemein und unwiderstehlich zu machen, der es bedürfte, um den Gedanken der Einigung in die Tat umzusetzen. Die maßgebenden Wortführer der Mehrheitssozialdemokratie in Görlitz haben nicht nur versäumt, das zu tun, sie haben das Gegenteil getan.

Um im Sinne der Einigung zu wirken, mußte man den Genossen der U. S. P. gegenüber den kameradschaftlichen Ton anschlagen, der gegenüber denjenigen am Platze ist, mit denen man als Mitkämpfer zusammenwirken will. Man mußte alles Mögliche an der Vergangenheit, alles Aufreißer aller Bünden vermeiden.

Eine Einigung vollzieht sich ja fast nie dadurch, daß ein Teil der anderen in Bezug auf die Streitpunkte überzeugt, die zur Spaltung führten, sondern dadurch, daß diese Streitpunkte aufhören, praktische Bedeutung zu haben. Ich kenne alte Laffalkanner, die bis in die letzten Jahre fortführen, zu erklären, sie hätten den Eisernen gegenüber Recht, mit welchem der Arbeiterbewegung wir, mit welchem Haß Weibel bis zu seinem Lebensende der Persönlichkeit Schweigers gegenüberstand.

Aber als die beiden getrennten Parteien vereinigt, was der Zankapfel verschwunden. Schweigers Diktatur hatte aufgehört und die Streitfrage, ob Bismarck gegen Oesterreich und gegen die Liberalen zu unterstützen sei, war gegenstandslos geworden, denn Bismarck hatte beide überwunden, mit Oesterreich und dem größten Teil der Liberalen Frieden gemacht und den Kampf gegen die Sozialdemokraten beider Richtungen eröffnet.

So sind auch heute für S. P. D. und U. S. P. D. die Streitpunkte gegenstandslos geworden, die zur Spaltung führten, die Haltung im Kriege und die Haltung gegenüber Moskau. Sie sind gegenseitig das wirkliche oder vermeintliche Feindesbild der Vergangenheit vorzuwerfen, führt zu nichts, als zum Wackhalten der Erbitterung und zum Verkennen der notwendigen gemeinsamen Aufgaben der Gegenwart.

Das hat man in Görlitz übersehen. Die geringschätzig und verkehrende Art, wie man dort von der U. S. P. D. sprach, konnte nicht anders wirken, wie ein abschließendes Verhindern der Einigung.

Welt wichtiger noch, als diese Prozeduren, die man noch als Ungezogenheiten von

\* Ver spätet eingelangt.

Politikern, die ihre Worte nicht abzuwiegeln wissen, hingehen lassen möchte, wirkte die sachliche Entscheidung.

Bei aller taktischen Annäherung zwischen S. P. D. und U. S. P. D. bestand zwischen den beiden noch ein hartes trennendes Moment: Die Frage der Koalitionsregierung. Eine solche widerspricht so sehr dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes, daß sich unter allen Umständen proletarische Massen nur ungern zu einer Koalitionspolitik verstehen. Bei dem linken Flügel der Sozialdemokratie, der sich dann als U. S. P. D. konstituierte, wurde diese Abneigung noch verstärkt, zuerst durch die Bürgerkriegspolitik während des Krieges und nach dem Zusammenbruch durch die Überzeugung, die Koalition sei ein Mittel, die Gewinnung der Alleinherrschaft des Proletariats durch die Revolution zu hindern.

Heute ist die Situation eine wesentlich andere. Das praktische Problem der Gegenwart ist jetzt leider nicht die Alternative, ob Koalition oder proletarische Alleinherrschaft durch erneute Revolution, sondern, ob eine Koalition, in der proletarische Parteien etwas zu sagen haben, oder die Alleinherrschaft der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Verlust aller Errungenschaften der letzten Revolution.

In dieser Situation begann auch in den unabhängigen Reihen die Unversöhnlichkeit gegenüber dem Koalitionsgedanken abzuwackeln. Man unterstützte das Kabinett Birth, begünstigte den Eintritt von Sozialdemokraten in ein Koalitionsministerium in Preußen und begann in manchen Parteigängen sogar den Eintritt der eigenen Partei in eine Koalition zu diskutieren.

In Görlich galt es, diese Entwicklung zu fördern. Dies konnte nur dadurch geschehen, daß man an der bestehenden Form der Koalition unter der Führung Births festhielt — der bisher einwandfreiesten und sympathischsten Form der Koalition — so weit man gegenüber einer Einrichtung von Einwandfreiheit und Sympathie sprechen kann, die doch nur als das kleinere unter mehreren großen Uebeln für uns in Betracht kommt.

Statt dessen haben die Leiter des Parteiapparats in Görlich den Parteitag mit einem neuen, völlig unerwarteten Schachzug überumpelt und dafür auch die große Mehrheit gewonnen, der den Weg zur Koalition in ihrer abstoßendsten Form eröffnet, einer Form, die bis zum Parteitag selbst der größten Mehrheit der Rechtssozialisten als unannehmbar galt.

Ob man sich wirklich in dieser Weise koalieren will oder nicht, die bloße Ankündigung der Koalition muß das Kabinett Birth nach außen wie nach innen schwächen, was gerade jetzt sehr verhängnisvoll werden kann. Und der Görlicher Beschluß präsentiert den Koalitionsgedanken in einer Form, in der er den geschlossenen Widerstand der U. S. P. D. finden wird.

Der Görlicher Beschluß hat die sich anbahnende Einigung, wenn auch nicht geradezu erschlagen, so doch sicher für geraume Zeit ins Stocken gebracht.

Ich habe es sehr bedauert, daß zur Zeit des Kapp-Zuges meine unabhängigen Freunde die Hand von sich wiesen, die die Mehrheitssozialdemokratie ihnen damals zu

gemeinsamen Handeln entgegenstreckte. Umso mehr bedauere ich jetzt den noch größeren Fehler von Görlich, da man die Wahl hatte, sich mit den Volksparteilern oder den Unabhängigen zu koalieren, und die ersteren vorzog.

Die Sache wird nicht besser durch den Charakter des neuen Parteiprogramms. Zur Stunde, wo ich diese Zeilen schreibe, liegt mir noch nicht seine letzte Fassung vor. Aber wie immer sie lauten mag, sie wird stets einträchtig werden durch das, was das wissenschaftliche Haupt der Mehrheitssozialdemokratie, Cunow, in der „Neuen Zeit“ über das Programm schrieb. Er bezeichnet dort den Begriff des Klassenkampfes als falsch, denn die Tendenz der Entwicklung gehe einmal dahin, daß sich das Proletariat in verschiedene, einander bekämpfende Parteien spalte, und dann dahin, daß sich der Sozialdemokratie immer mehr Schichten anschließen, die nicht der Arbeiterklasse angehören. Cunow betrachtet also die Spaltung nicht als eine vorübergehende, sondern als eine unvermeidliche Erscheinung.

Bis zum Kriegsausbruch ging indes die Entwicklung allgemein in der Richtung nicht der Spaltung, sondern der Vereinigung der in ihren Anfängen gespaltenen sozialistischen Parteien. Erst der Krieg mit seinen Nachwirkungen hat die meisten Spaltungen gebracht, es ist aber in diesen wie in anderen Punkten sinnlos, die Abnormitäten des Krieges als neue normale gesellschaftliche Gesetze zu betrachten.

Die Cunow'sche Theorie, daß die Entwicklung auf fortschreitende Spaltung des Proletariats hinausläuft, ist direkter Parteiverderber.

Der Zuzug von Schichten, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, beruht aber auf einer optischen Täuschung. Schon vor dem Kriege hat man um solche gewonnen, stets ohne Erfolg. Siehe die bisherigen Ergebnisse der Dauernagitation.

Der Zuzug neuer Schichten nach dem Kriege und seit der Revolution umfaßt nur solche Elemente, die tatsächlich Arbeiter ohne den Besitz ihrer Produktionsmittel sind, Lohnarbeiter, die sich aber bisher zur Bourgeoisie rechneten, Angestellte und Beamte. Der Krieg hat ihre Lebenshaltung proletariert, die Revolution hat sie zu proletarischem Denken gebracht. Deshalb, und nicht als Schichten, die „außerhalb der Arbeiterklasse“ stehen, kommen sie zu den sozialistischen Parteien. Die Aufgabe, die sie uns stellen, ist nicht die, den Klassenkampf abzuschwächen, sondern die, sie in den Klassenkampf einzuziehen.

Noch schlimmer als die Ablehnung des Klassenkampfes ist aber schließlich die Art, wie Cunow die Einfügung des Ausdrucks in das Programm doch akzeptiert. Er meint, die Mehrheit der Genossen will von dem Wort nicht lassen, so wollen wir ihnen das Vergnügen machen und es in das Programm hineinstecken. Das würde an der praktischen Politik nichts ändern, die vom Klassenkampf wegführte. Cunow ist also bereit, in Worten den Forderungen der Mehrheit zu entsprechen, aber die Praxis der Partei im Gegensatz zu diesen Forderungen zu gestalten.

Eine nette Parteimoral des Parteitheoretikers.

Leider hat Mollenbuhr in seinem Parteitagreferat über das Programm diese zweideutige Haltung nicht zurückgewiesen, soweit man nach dem veröffentlichten Bericht urteilen kann, sondern indirekt sogar unterstützt, indem er darauf hinwies, daß Marx im Statut der „Internationale“ selbst nicht das Wort „Klassenkampf“ gebrauchte.

Das ist richtig. Das Wort war damals noch nicht so allgemein üblich wie heute, in England hätte man es kaum verstanden. Der Begriff des Klassenkampfes ist aber im Statut nicht nur enthalten, sondern an die Spitze gestellt. Es beginnt mit der Konstatierung:

„daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse erobert werden muß.“

Wie das geschehen kann ohne den Kampf der Arbeiterklasse mögen die Gelehrten der „Neuen Zeit“ entscheiden.

Die Ablehnung des Klassenkampfes der Partei ist eine weit ernsthaftere Sache, als die Koalitionspolitik. Diese ist stets etwas vorübergehendes und umso ungefährlicher, je ausgeprägter der Klassencharakter der Partei ist.

Sucht man dagegen diese selbst in eine Koalition zu verwandeln, so gewährt man Elementen, die nur bestimmte Interessen mit dem Proletariat gemein haben und nur in bestimmten Situationen mit ihm zusammengehen können, unter allen Umständen Einfluß auf alle seine Bestrebungen. Das muß die Sozialdemokratie zu einer ebenso haltlosen und charakterlosen Partei machen, wie es etwa die Nationalliberalen, heute Volkspartei, geworden sind.

Indem die Programmkommission diese Tendenz in der S. P. D. enthüllte, hat sie der Sache der Einigung auch nicht genügt.

Aber, wie schon bemerkt, damit ist die Einigung noch nicht erschlagen. Sie ist eine historische Notwendigkeit geworden und daher wird sie sich durchsetzen. Die Entwicklung geht nicht in der Richtung, wie Cunow's Erfahrungsmatismus meint, die Klassengegensätze verschärfen sich, und daher werden auch die Massen der S. P. D. den Klassencharakter ihrer Partei trotz ihrer führenden Theoretiker immer mehr betonen. Dabei wird die Situation selbst trotz des Widerstrebens einzelner Führer, die von der Einigung eine Verminderung ihres Einflusses fürchten, immer mehr gemeinsame Aktionen der getrennten Parteien erzwingen, und so wird sich die Einigung schließlich durchsetzen, trotz alledem.

Jedoch leider nicht so schnell, wie im Interesse stärkster proletarischer Machtenkaltung zu wünschen wäre. Es scheint Elemente zu geben, die zur Einigung geprügelt werden müssen. Die bisherigen Hiebe, die die Reaktion austeilte, genügen ihnen offenbar noch nicht.

### Die Goldanleihe der deutschen Industrie.

Am 31. August hat Deutschland die erste Reparationsmilliarde Goldmark erlegt und schon werden die Vorbereitungen zur Zahlung der zweiten Milliarde getroffen. Die Art der bisherigen Aufbringung dieser Riesenbeträge hat einen Kurssturz der Reichsmark und damit

eine neue Teuerungswelle zur Folge gehabt, weswegen sich die deutschen Staatsmänner nun bemühen, einen anderen Zahlungsmodus zu finden, bei dem jene, die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigenden Maßnahmen verbieden werden können. Aus den Kreisen der deutschen Industrie ist nunmehr ein Gedanke aufgegangen, der größte Beachtung verdient: Die deutschen Industriellen wollen dem Reich eine Goldanleihe gewähren, die sie im Auslande aufnehmen. Der Betrag soll sich auf 1 Goldmilliarde, also etwa 15 Papiermilliarden Reichsmark belaufen. Banken und Privatindustrie sind sicherlich ein besserer Schuldner als das Reich, das die Kriegsschuld verzinsen muß und etwa 80 Milliarden ungedeckten Papiergeldes besitzt. Die ausländischen Kapitalisten werden der Industrie eher und zu günstigeren Bedingungen borgen, als der deutschen Republik, zumal als Unterlagen für den Kredit landwirtschaftliche Betriebe und deutsche Aktien, sogenannte Sachwerte, in Betracht kommen. Die Organisation der Anleihe wird so gedacht, daß die Industrie in einen Zweckverband mit Bezirksunterverbänden zusammengefaßt wird und jede industrielle Unternehmung an der ausgenommenen Auslandsanleihe mit einer gewissen Quote beteiligt wird; als Sicherheit für diese Anleihe gilt dann der von jeder Unternehmung zur Verfügung gestellte Sachwert als Pfand. Wie hoch die Anleihe sein kann, darüber gehen die Ansichten auseinander, die „Frankfurter Zeitung“ ein bürgerliches Blatt, glaubt, daß ein bis zwei Goldmilliarden mühelos aufgebracht werden könnten. Wenn dies geschieht, dann ist Deutschland auf 1 bis 2 Jahre von jeder Sorge um die Aufbringung der Reparationslast befreit und könnte sich der Konsolidierung seiner Wirtschaft widmen.

So „patriotisch“ das Vorgehen der deutschen Industrie zu sein scheint, ein hiesiges tschechisches Blatt erblickte darin „den stärksten Glauwen an die Zukunft des eigenen Staates, welcher seit Kriegsende in ganz Mitteleuropa zum Ausdruck gekommen ist“, so kritisch muß man auch dieser Art von Patriotismus gegenübersehen. Denn es handelt sich darum, welche Gesellschaftsklassen legen Endes die Last der Reparationen tragen sollen, ob die Unternehmer, die im Kriege und nach dem Kriege gewaltige Reichtümer erworben haben oder die Arbeiter und Angestellten, die mit ihren Frauen und Kindern im Kriege gehungert haben und noch jetzt nicht jene Lebenshaltung erreicht haben, auf der sie sich 1914 befanden. Um nun einen Ausgleich zu schaffen, haben die beiden sozialistischen Parteien Deutschlands im Reichswirtschaftsrat einen Antrag eingebracht, der die Regierung zur Erfassung der Sachwerte, d. i. jener Besitztümer auffordert, deren innerer Wert mit der Entwertung der deutschen Valuta nicht gefallen ist, Grund und Boden, Fabriksgebäude, Maschinen usw. Die Erfassung der Sachwerte suchen nun die Unternehmer zu hintertreiben und der Ertrag, den sie der Reichsregierung für jene Summe bieten, die sonst bei der Besteuerung der Sachwerte sich zu Gunsten des Reiches ergeben würden, ist eben die im Auslande geplante Anleihe, die den Reichsfinanzen zur Verfügung gestellt würde und wofür das Reich naturgemäß Zinsen an die Unternehmer zu zahlen hätte. Die Industriellen würden damit der Erfassung der Sachwerte entgegen und zugleich ein gutes Geschäft machen. Das Anbot der deutschen Industrie soll also dazu dienen, die große Finanzreform, die in Deutschland gegenwärtig geplant wird, von vorneherein unmöglich zu machen und den bürgerlichen Parteien den Kampf ge-

steigerte „die Schauspieler“ zur Tragödie des Fünfzigjährigen; eine überragende Leistung. Jungferg Aulich spielte die Gemma mit vornehmer, vielleicht zu kalter Zurückhaltung. Roman Meinhardt war ein echter Wiederverdener Komödiant; ein wenig mehr Schmiere hätten auch die anderen Schauspieler in diesem Stücke sein können. Irma Dietz und Hermine Medelsky ergänzten mit gutem Gesingen den weiblichen Teil der hungrigen Truppe, Wilhelm Heim war der Freund Gemmas mit glaubhafter Entrüstung. Den Humor bestritt der Wirt des Herrn Bauer. Man danke den Schauspielern und auch Schmidbann, der nach Prag zu kommen versprach und in Berlin zurückgehalten war. Es war kein tosender Beifall. Es war auch kein prächtiges Theaterstück. Es war eine Dichtung, mit der ganz zart unsere Sehnsucht mitschwingt... ihr müßt sein die Saat Gottes... damit die Welt nicht erlöse im Grauen...

F. B.

### „Fidelio“.

Die Aufführung am Freitag, die mit so viel Liebe erwartet wurde, ward zum Fest für Kunst, Künstler und Hörer. Das hohe Lied höchster Frauenliebe, das wir dem Unsterblichen verdanken, erklang in solcher Schöne, verlang in solcher Feierlichkeit, daß die Erinnerung diesen Abend als einen der besten festhalten wird, den diese Bühne von der Kunst empfangen und mit hoher Würde in ihre Hände rückerstattet hat. Was Wunder auch, da ein Mann wie Semlitz, der in Prag seit zehn Jahren

russischen Studentin, einer jungen, ihrem Elternhaus entlaufenen Waise und einer Lehrerin aus Böhmen — Elefanten haben die Mäusen ins Unglück der Schuldnechtschaft gestürzt. Da reitet der Herr zu Pferde als Reiter ins Haus. Und sucht Rettung. „Leiste eine von ihnen mir Gesellschaft diese Nacht“... Alle seine Sehnsucht ist in diesem vulgären Satz enthalten, doch die Schauspieler wissen nichts um sein Leid... „Wir sind junge Hunde, die spielen. Annahmung der Männer zerreißen wir übermäßig.“ Und da sie Geld brauchen, besprechen sie, alle drei, eine nach der anderen nachts in das Zimmer des Herren zu kommen. Gerade im Augenblick seiner Bärtlichkeit müsse die Kollegin eintreten. Fiebernd erwartet er die Eine, erkennt beglückt er die zweite und als die Dritte eintritt: erkennt er, daß er genarrt wurde. Nur sein Geld wollten sie; das wirft er ihnen hin und sinkt in sich zusammen. Nicht einmal sich selbst gab er sie hin für Geld... Aber da ist eine, die mit scharfem Blick und frauenhaftem Gefühl die Tragik seiner fünfzig Jahre erschaut und, indem sie sich ihm für eine Nacht hingibt, ihm, den das Selbstvertrauen verlassen, Hoffnung zu neuem Leben und Lieben einflößen will. Hingabe einer Frau für eine Stunde aus Güte und Größe verlangt er — sie gibt ihm den Glauben an seine Jugend mit weichen Haare wieder. Aus Barmherzigkeit, denn als er sie als seine Lebensgefährtin auf sein Bett hinauf mitnehmen, sie mit Reichtum überschütten will, folgt sie dennoch ihren armen Kollegen. Herr: Gemma! Vollende das Werk deiner Rettung.“ Gemma: „Ich

### Fenilleton.

#### Die Schauspieler.

Lustspiel von Wilhelm Schmidbann, uraufgeführt zu Prag am 24. September.

Ein Lustspiel nennt Wilhelm Schmidbann, der Verfasser des Grafen von Gleichen und des verlorenen Sohnes, sein neues Werk. Aber in ihm ist eine tiefe Tragik und kein Funken Lustigkeit; man könnte ebenso Wagners fliegenden Holländer eine komische Oper, man könnte Hascher eine possierliche Figur in der Welt der Mythen nennen. Unerlöst irt der Herr zu Pferde“, wie der Held des Schmidbann'schen Schauspiel heißt, durch ein Leben voll Künstlichkeit und düstert nach der wahren hingebungsvollen Liebe eines Weibes. In seinem Hause im Gebirge lebt er mit seinen Sunden, Pferden und Knechten, seine Wäpde sind ihm zu Diensten — aber er bleibt einsam. Sein Edelstes verbodert, seine Seele verplüht, seine Nächte sind voll Qual und Sehnsucht. „Weiß das Haar, aber blühend das Gesicht“, so reitet er in den Gasthof am Rhein ein, in welchem eine Schauspielertruppe ihr Quartier aufgeschlagen hat. Drei Stunden lang ist er hingekommen, um sich in das Antlitz einer Schauspielerin zu versenken. Er findet die Truppe in Nöten. Die Schauspieler sind dem Gastwirt tief verschuldet, nicht einmal ihre Koffer können sie auslösen, ein Zirkus im gleichen Ort hat der Gesellschaft von Idealisten — sie besteht aus einem Philosophiestudenten, einem Kupferstecher, einem ehemaligen Pfarrer, der

gen die gerechte Besteuerung der Kapitalisten zu erleichtern. Die Zinsen für die Industrie- anleihe müßten auf Grund des alten Steuer- systems eingetrieben werden, d. h. die Arbeit- erschaft würde einen großen Teil dieser Zinsen bezahlen. Damit würde ein gerüttelt Maß der Reparationslast auf die Schultern der Arbeit- er abgewälzt werden. Die Massen des deut- schen Volkes haben 5 Jahre lang gebüht, jetzt sollen sie noch die verbrecherische Politik der deutschen Besitzklasse bezahlen.

Der Kampf um die Art der Aufbringung der Reparationsmilliarden, ob Anleihe der Industrie im Auslande oder Erfassung der Sachwerte, sowie kräftige Besteuerung der Vermögen und Kriegsgewinne ist ein Kämpf zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Es handelt sich in letzter Linie darum, wer die entsetzlichen Folgen des Ver- brechens von 1914 jahrzehntelang tragen soll: die deutsche Bourgeoisie oder die deutschen Arbeiter. Wenn die Verteilung der Lasten nicht so erfolgt daß die deutschen Unternehmer den Hauptanteil daran haben, dann ist mit einer dauernden Senkung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse zu rechnen. Was das bedeuten würde, wollen wir nur an ein paar Zahlen klarstellen. 1913 betrug der Verbrauch in Deutschland pro Kopf und Jahr 52 Kilo- gramm Fleisch, 1920 20 Kilogramm, 1913 125 Kilogramm Mehl, 1920 83 Kilogramm, 1913 19,2 Kilogramm Zucker, 1920 14,1 Kilo- gramm, 1913 7,2 Kilogramm Baumwolle, 1920 2,3 Kilogramm. Wenn der deutsche Ar- beiter also aus seinem lärglichen Lohn noch größere Lasten bestreiten soll, als bisher, noch mehr Steuern dem Reich wird entrichten müs- sen, dann wird seine Lebenshaltung erneut sin- ken, die Zukunft der breiten Massen des deut- schen Volkes wird ernstlich bedroht sein. Es ist daher die Pflicht aller proletarischen Par- teien in Deutschland, den Kampf um die Er- fassung der Sachwerte einem siegreichen Ende zuzuführen, die Durchführung der geplanten Steuerreform zu betreiben, denn es handelt sich hier um nichts weniger, als um das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiter. Verliert die Ar- beiterschaft den Kampf, dann geht sie einer fortschreitenden Verelendung entgegen. Die Einigung der Arbeiterklasse Deutschlands ist keine taktische Frage mehr, sondern eine Lebens- frage geworden.

### Inland.

Die „Narodni Listy“ und die nationale Frage. In ihrer gestrigen Nummer nehmen die „Narodni Listy“ Stellung zu der jetzt geführten Diskussion über die Möglichkeiten eines deutsch- tschechischen Ausgleichs. Das Blatt schreibt: „Es ist kein Zweifel, daß die Einigung mit den nationalen Minderheiten, also auch mit den Deutschen notwendig ist. Wir wünschen ihn auch wahrhaftig. Auch wenn der tschechoslowa- kische Staat ein Nationalstaat ist, bedeu- tet dies nicht das Leugnen des Bestehens der Nationalitäten und ihrer Rechte. Sein Cha- rakter ist durch seine Entstehung und die Sorge um seine Sicherheit gegeben. Und gegen diese Tatsachen sollen sich am allerwenigsten die Deutschen stellen, welche in Europa bereits ihre Nationalstaaten haben, freilich auch mit Mino- ritäten. Wir wollen nichts, was uns nicht ge- büht und wollen niemanden bedrücken. Aber jede Forderung der nationalen Minderheiten im Staate muß in Einklang gebracht werden mit den Bedürfnissen des Staates. Auch un- sere Deutschen müssen einsehen, wenn sie eine oernünftige Politik machen wollen, daß ihre

Forderungen auf dieser Grundlage aufgebaut werden müssen. Sie dürfen daher nicht: 1. die Stellung des Staates schwächen und das not- wendige Maß der Einheit der Staatsverwal- tung stören; 2. die wirtschaftliche Einheit und andere Maßnahmen, welche im Interesse der Bewohner des Staatsganzen und der einzelnen Länder sind, unmöglich machen; sie dürfen den Einfluß des Staates von keinem Punkte des Staatsgebietes ausschließen, was schon mit Rücksicht auf den Schutz der Minderheiten selbstverständlich ist.“ — Wenn die „Narodni Listy“ schreiben, daß die Tschechoslowakei ein Nationalstaat ist, was die Ablehnung des Be- stehens der Nationalitäten nicht ausschließt, so ist das ein Herumlaufen der Kabe um den heißen Brei. Einen Staat, den mehrere Völ- ker bewohnen, kann man nach allen Gesetzen der Logik nicht als einen Nationalstaat be- zeichnen. Auch wenn in die Verfassung der Republik die Worte aufgenommen würden: „Die tschechoslowakische Republik ist ein Natio- nalstaat“, würde es nicht um einen Deutschen in der Republik weniger gehen. Die „Na- rodni Listy“ sind ja selbst so freundlich, die Existenz der Nationalitäten nicht abstreiten zu wollen, sie sind also wenigstens zu der Erkennt- nis gekommen, daß es Deutsche in der Re- publik gibt, was wahrscheinlich ein Fortschritt in der tschechischen chauvinistischen Geistigkeit sein soll. Was der Hinweis darauf, daß die Deutschen in Europa zwei Nationalstaaten haben, bedeuten soll, ist uns unerfindlich. Das Bestehen der deutschen und deutschösterrei- chischen Republik kann doch keinesfalls ein Grund sein, den Deutschen, sagen wir vor Gericht, anders zu behandeln, als wenn es diese beiden Staaten nicht gäbe. Die Bemerkung schließ- lich, daß die Forderungen der nationalen Min- derheiten in Einklang mit den Bedürfnissen des Staates gebracht werden müssen, ist ein sehr dehnbarer Begriff und im übrigen ein Gemeinplatz. In dieser Hinsicht scheiden sich eben die Geister. Auf der einen Seite diejeni- gen, die glauben, daß die Bedürfnisse des Staates am besten gewahrt werden, wenn der Staat allen seinen Staatsbürgern in gerechter Weise entgegenkommt, und die andere Auffas- sung, die glaubt, es bestehe ein Gegensatz zwi- schen den Bedürfnissen des Staates und seiner Staatsbürger. Darüber werden wir uns wohl mit den „Narodni Listy“ nicht so leicht ver- ständigen können.

Zur Diskussion über das Verhältnis zu den Deutschen ergreift im „Gas“ der bekannte tschechische Schriftsteller Dr. Edward Le- derer das Wort. Eingang seiner Ausführun- gen betont er, daß es hoch an der Zeit sei, über die Dringlichkeit des deutsch-tschechischen Ausgleichs ohne Furcht vor der patriotischen Gasse zu reden. „Die Kardinalfrage beim deutsch-tschechischen Verhältnis“, so schreibt Lederer, „lautet schlicht: Ist unsere tschechoslo- wakische Republik ein Nationalstaat oder ein Nationalitätenstaat? Unsere Nationalisten be- haupten, daß sie ein Nationalstaat ist. Ich bin so frei zu behaupten, daß ein Staat, von dem ein Drittel der Bevölkerung nicht tschechoslo- wakisch ist, ein Nationalitätenstaat ist und die Folgen hievon ergeben sich von selbst. Ich bin mit dieser Ansicht nicht ver- einzelt, aber es sind viele Leute bei uns, wel- che, obzwar sie meine Ansichten teilen, furcht- sam um sich blicken und flüstern: Das ist frei- lich wahr, aber man darf es nicht öffentlich sagen, damit die Deutschen daraus keinen Vorteil ziehen.“ — Das ist dieselbe Behauptung, als ob man öffentlich nicht zugeben dürfte,

den Taktisch noch niemals anders als zur Weihe ausfallender Schöpfungen und zur Begeisterung der Hörer schwang, diesmal sein Bestes hergab und so sich und die Kunst am schönsten erhe, nügen auch die Ehrungen durch die anderen noch so sehr dem dankbarsten, aufrichtigsten Empfinden misprungen sein. Von Bild zu Bild, so wie die romantische Handlung und die Beethovenische Musik, steigerte sich auch die Bebensamkeit der Wiedergabe. Die, die droben sangen, und jene, die unten spielten, verband ein Wille, dem größ- ten Tonkünstler aller Zeiten nach Möglichkeit ge- recht zu werden, und so auf ihre Art Meister Zem- linsky aus Würdigung zu feiern. Vom Auftreten des Finsterlings Bizarro, der seine schände Rache durch graue Mordtat nehmen will, bis zum Siegesfang der bescheidenen Liebe im Schlußbild wuchs unter den Händen Zemlinskys das Meister- werk Stück um Stück ins Riesenhafte. Drei ra- nende Säulen vor allem stützten den Bau: die Leonore der Frau Fida, der Gouverneur Priener und der Rocco Sterned. Schö- ner konnten sich die Stimmen nicht zusammen- finden, zugleich aber konnte auch der Kontrast im heftigen Gehalt dieser Partien nicht besser wirk- sam werden als durch Darstellung und musika- lische Wiedergabe insbesondere des Bizarro und des Fidelio. Wie ein wüßtes Wetter wehte der herne Bariton des Herrn Priener gewaltigen daß, seine ganze Haltung, sein Gesang, seine Maske ließen erschauernd den Sieg des bösen Dämons fürchten — aber wie reines Gold lang immer lauter, immer mächtiger dieser prächtige Fidelio hervor. Süßeste Frauenliebe ward Siege- rin über den brutalen Haß eines finsternen Män- nerherzens. Und zwischen Haß und Liebe tönte

warm und ruhig der volle Haß des biedereren Ker- lersmeisters. Die Szenen im Gefängnis waren der Auftakt zu dem Erhabenen. Mit der unvergäng- lichen dritten Leonoren-Libertäre riß Zemlinsky auch den Leuten mit in seinen Bann. Wenn wir sagen, daß er es damit fertig v. Weingartner gleichgetan, mögen das beide als Ehrung empfin- den. Stürme von Beifall umstoben Zemlinsky, ehe sich der Vorgang zum letzten Bilde hob. Im ganzen Hause, diesseits und jenseits der Klampe, war die edelste Feststimmung vorbereitet zu dem Ensemble „Der ein holdes Weib erringen...“ In der Feier der triumphierenden Liebe feierten alle, Künstler und Hörer, den Triumph der großen Schöpfung und der meisterlichen Gestal- tung mit. Wir können unsere Kritik nicht schließen, ohne den Fernando des Herrn Dud- wick und die Marceline Steffi Meckers lo- bend zu nennen. Kleine Unebenheiten, unbedeu- tende Mängel der Aufführung sollen die Erinne- rung an sie nicht trüben und nur unsere Pflicht zur Wahrheit zwingt uns, zu sagen, daß wir dem Neuen Deutschen Theater einen anderen, besseren Feldentenor wünschen. Im übrigen aber stimmen wir mit in den Jubel ein, der auf der Galerie und im Parterre ausbrach, als ich zum letzten Mal der Vorhang senkte — zum letzten Mal senkte wollte. Zemlinsky nahm minutenlang die Spenden und den Beifall entgegen, die ihm so reich entgegengebracht wurden. Ihm, den Sän- gern (Solist und Chorus), dem Orchester und der Bühne überhaupt sei es gedankt, daß sie uns einen Fidelio aus einem Guß geschenkt haben. —dt.

daß es in Europa 75 Millionen Deutsche und nur 9 Millionen Tschechen gibt, oder daß Prag, nach dem bekannten Aussprüche Nie- gers, zwischen Wien und Berlin liegt, damit die Deutschen nicht daraus Vorteil ziehen“. Ferner bespricht Lederer die Meinung vieler seiner Nationsgenossen, wonach die Tschechen in der Verständigung mit den Deutschen nicht das erste Wort sprechen dürfen, weil sie die Sieger sind. „Wenn wir auch gesiegt haben“, sagte er, dann vergeben wir uns damit nichts, wenn wir nach dem Muster Stadlovskys den Deutschen ein weißes Blatt Papier reichen, damit sie darauf ihre Forderungen aufschreiben, die wir doch nicht ohne weiteres annehmen müssen, sondern über die wir mit ihnen ver- handeln können“. Zum Schluß betont Le- derer, daß die allnationale Koalition, die in der neuen Regierung zum Ausdruck kommt, durchaus nicht das Allheilmittel sei, den Aus- gleich mit den Deutschen überflüssig zu machen.

Um die Gauberfassung. Die Parteivertre- tung der tschechischen Nationaldemokraten hat beschlossen, sich für die Durchführung der Gau- berfassung in der Slowakei einzusetzen, woran weiter nichts bemerkenswertes ist. Sie hat aber zugleich beschlossen, darauf hinzuwirken, daß das Gesetz über die Gauberfassung in Böh- men, Mähren und Schlesien nicht durchge- führt wird. Angesichts dieses eigenartigen Be- schlusses fragt die „Tribuna“ mit Recht, nach den Gründen der zwei sich widersprechenden Entschlüsse. Das Blatt hält dem entgegen, daß die Tschechen darnach streben, eine gewisse Einheitlichkeit in der Staatsverwal- tung herbeizuführen, was die eigentliche Auf- gabe des Unifikationsministeriums sei. Diese Bestrebungen werden aber von einem derarti- gen Beschluß durchkreuzt. Vermutlich wün- schen die Nationaldemokraten mit Rücksicht auf die Schaffung zweier deutscher Gaue in Böh- men die Gauberfassung nicht. Dem hält jedoch die „Tribuna“ entgegen, daß es auch in der Slowakei Gaue mit bedeutendem magyarischen Einschlag geben wird. Es sei eigentümlich, daß Dr. Kramarsch seinerzeit als Ministerprä- sident für die Gauberfassung eingetreten ist, während seine Partei jetzt gegen die Durch- führung des Gausgesetzes Stellung nimmt.

### Ausland.

Der „Selbstschutz in Oberschlesien. Die deutschen Patentpatrioten benügen un- entwegt die schwersten Gefahren, die ihrem Vaterlande drohen, um selbst allerlei Vorteile zu ernten. Der Besitz Oberschlesiens entschei- det über Wohl und Wehe der künftigen deut- schen Wirtschaft. Für die Orgelschleute aller Firmen, ob sie sich Frontkämpfer, Selbstschutz oder Stahlhelm nennen, liefert diese Schicksals- frage den willkommenen Anlaß, eine neue Schutztruppe der Reaktion zu formen, das Freikorps „Oberland“. Der polnische Aufstand hat abgefaßt, der Völkerbundrat prüft das obereschlesische Problem, dem Land ist eine Atempause gegönnt. „Oberland“ aber organi- siert sich unentwegt weiter. Leute, denen in vier Jahren Krieg Nord zum Handwerk und Lust geworden ist, strömen massenhaft in Schle- sien zusammen. Auf den großen Gütern haben sie ihre Waffenlager, hier stolzieren sie in Uni- form, mit Orden behängt, umher und pfeifen auf die gegenteilige Verordnung des Reichs- kanzlers, hier haben sie ihre geheimen Regi- ments-, Divisions- und Korpspläne, die nur eines Winkes bedürfen, um zu marschieren. Ge- gen wen, ist den Desperados gleichgültig. Es brauchen nicht eben die Polen zu sein. Die Leiblieder der braven Volksgardisten: „Seid Ihr im Siegeszug“ und „Wir wollen keine Ju- dentrepublik“ geben über das Marschziel genü- gend Auskunft. Das mehrheitssozialistische „Hamburger Echo“, das mit diesem „Ober- land“ ein neues Balkanabenteuer auf dem Horizont der deutschen Geschichte aufziehen sieht, veröffentlicht zum weiteren Ueberfluß einen ihm zugeflogenen Drohbrief des wohl neugegründeten „Deutschen Fasjistenbundes“. All diesen dunklen Anzeichen zum Trost ver- teidigt es den Beschluß des Görlicher Partei- tages, gegebenenfalls mit der Deutschen Volkspartei eine Koalition einzugehen. Glauben die Genossen von rechts wirklich ernsthaft, daß ein Bund mit Stresemann die Gefahr des neuen Balkans irgendwie bannen kann? Zieht nicht das Herz Herrn Stresemann zum „Oberland“? Die Erkenntnis einer Gefahr verpflichtet, die richtigen Mittel zu ihrer Ab- stellung zu suchen. Da aber versagt die Partei des „Hamburger Echo“ in betrüblicher Weise.

Zusammenkunft Benedek-Banffy. Prag, 24. September. Das Tsch. P. B. er- fährt, daß nächster Tage Minister Dr. Be- nedek mit dem magyarischen Minister des Äußern Grafen Banffy zum Zwecke der Verhandlung der westungarischen Angelegen- heit eine Zusammenkunft haben wird.

### Die deutsche Reaktion.

Schutz dem Stahlhelm. Berlin, 23. September. (Tsch. P.) Ein Er- laß des Ministers des Innern an den Polizei- präsidenten von Berlin beschäftigt sich mit der Bekämpfung der Landfriedensbrüche in der Umgegend von Berlin. Minister Dominicus weist darauf hin, daß es nicht zulässig ist, Versammlungen und Feiern nur deshalb zu verbieten, weil sie poli- tisch anders gerichteten Volkstei- len Anlaß geben könnten, zu stören. Es heißt weiter: Die Veranstalter genießen den Schutz der Gesetze und Teilnehmer haben Anspruch darauf, daß die Behörden, insbeson- dere die Polizei, gewalttätige Beein- trächtigungen der Versammlungs- mäßigen Vereins- und Versammlungs- freiheit mit allen Mitteln ver- hindert.

Der bayrische Ministerpräsident in Berlin. Berlin, 24. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute ist der bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregie- rung die künftigen Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern zu besprechen. Im Interesse der inneren und äußeren Politik hat man auf beiden Seiten den Wunsch, die noch bestehende Mißstimmung so schnell wie möglich zu beseitigen. Aus diesem Grunde ist der Ueberwachungsausschuß des Reichs- tages, der sich heute wieder mit der bayri- schen Frage beschäftigen sollte, auf nächste Woche vertagt worden.

Die wirtschaftlichen Sanktionen. Berlin, 24. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, nehmen die Verhand- lungen zwischen der Reichsregierung und der Entente über die Aufhebung der wirt- schaftlichen Sanktionen einen günstigen Verlauf. Die Besprechungen zielen darauf ab, die Befugnisse der beabsichtigten französischen Kontrollkommissionen so auszu- gestalten, daß sie für die deutsche Regierung annehmbar sind. Die Beratungen dürften in kurzer Zeit zu einer Einigung und zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen führen.

Aufhebung der Rheinzollgrenze. Berlin, 24. September. (Tsch. P. B.) Die Blätter berichten aus Paris: Die Verhand- lungen zwischen der englischen und der französi- schen Regierung über die neu zu errichtende Kontrollkommission zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhrzölle Deutschlands in der Rheinzollgrenze sind beendet. Die Franzosen haben ihre Forderung betreffend das Bei- recht gegen die Erteilung solcher Lizenzen fallen gelassen. Nach Abschluß dieser Besprechungen erklärte der englische Botschaf- ter, der deutschen Regierung, daß die englische Regierung dem vom Briand dem deutschen Botschafter in Paris gegenüber vertretenen Standpunkte beipflichte und daß der Beschluß des Obersten Rates nunmehr zur Durchfüh- rung gebracht werden könne. Sobald durch ein Dekret die Zustimmung der Deutschen Re- gierung vorliegt, soll die Zollgrenze am Rhein sofort aufgehoben werden.

Gegen die Schutzpolizei. Eine Note der interalliierten Militär- Kommission. Berlin, 21. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Nach einer halbami- lichen Meldung ist im Auswärtigen Amt eine Note der interalliierten Militärkontroll- kommission eingelangt, die sich gegen die zentrale Organisation der Schutzpolizei wendet, weil diese durch diese Organisation einen militärischen Charakter erhalte. Das verstoße gegen die Entwaffnungsbestimmun- gen des Versailler Vertrages. Die Regie- rung befiehlt sich augenblicklich mit der Note. Sie glaubt, daß es darüber zu einer Ver- ständigung mit der Entente kommen werde.

Zurückziehung der amerikanischen Truppen. London, 23. September. (Tsch. P. B.) Die Blätter melden aus Washington: Von der Re- gierung wurde erklärt, daß die amerika- nischen Truppen aus Deutschland zu- rückgezogen werden würden, sobald der Aus- tausch der Ratifikationen mit Deutsch- land erfolgt sei.

Die obereschlesische Frage. Eine Sachverständigenkommission. Paris, 24. September. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Genf hat der Aus- schuß des Völkerbundes eine Sachverständigen- kommission nach Oberschlesien zu ent- senden beschlossen. Zwei Sachverständige, dar- unter ein Spanier, hätten sich schon zwei Tage in Oppeln aufgehalten und seien nach Genf zurückgekehrt, um vor der Arbeit der Sach- verständigenkommission einige Auskünfte zu erteilen. (Der Beschluß bedeutet wohl eine neue Verzögerung der Entscheidung. D. R.)

Ein Kommunistentag.

Berlin, 24. September. (Tsch. P.-B.) Nach Blättermeldungen kam es in Mühlheim am Rhein infolge einer Verammlung, des Vereines für das Deutschtum im Auslande, in der Admiral Scheer über das Auslandsdeutschtum sprach, zu schweren Ausschreitungen. Circa 30 Kommunisten stürzten in den Saal und schlugen mit Stöcken auf Frauen und Männer ein. Es entstand eine ungeheure Panik. Die Polizei mußte mehrere Verhaftungen vornehmen.

Der Kredit für Oesterreich gefährdet? London, 24. September. Der diplomatische Verrichterlatte des „Daily Telegraph“ meldet: In der Frage der Kredite für Oesterreich sei eine neue Schwierigkeit entstanden. Rumänien und Serbien zeigten bisher keine Neigung, ihre Rechte auf die österreichischen Reparationen aufzugeben, die amerikanische Unterstützung bleibe aus wegen der Verzögerung der Annahme der Bill über die ausländischen Anleihen und Kredite.

Die Horthybanditen bleiben die Alten.

Wien, 24. September. Nach in Wien eingelangten Nachrichten sandte die magyarische Regierung gleichzeitig mit dem Gesuche um Vermittlung der tschechoslowakischen Republik in der westungarischen Angelegenheit den Ententeregierungen eine Note, in der sie erklärt, daß von einer Räumung Westungarns keine Rede sein könne, da Magyaren durch eine revolutionäre Bewegung gefährdet würden. Magyaren verlangen die Entsendung einer eigenen Delegation, welche die Gefährlichkeit der Situation sicherstellen soll. Magyaren will mit diesem Schritte Zeit gewinnen, um die begonnene Mobilisierung zu beenden.

Die Diplomaten an der Arbeit.

Wien, 24. September. (R.-B.) Die in politischen Kreisen verlautet, galt die Unterredung des Bundeskanzlers Schober mit dem Minister Dr. Benesch den Möglichkeiten, die für eine Vereinigung der westungarischen Situation bestehen. Aus den Mitteilungen des Bundeskanzlers ergibt sich, daß das große Interesse, das in Prag dafür besteht, eine möglichst rasche Lösung zu suchen. Auch in Budapest bemüht man sich, die magyarische Regierung auf diplomatischem Wege zu einer friedlichen Lösung zu bewegen.

Ungarn zieht sein Aufnahmeforsch in den Völkerbund zurück.

Genf, 24. September. (Tsch. P.-B.) Die ungarische Regierung hat heute in aller Form den Völkerbund ersucht, ihr Aufnahmeforsch in dieser Tagung nicht mehr zu verhandeln, sondern auf das nächste Jahr zu verschieben. Damit hat Ungarn tatsächlich das Aufnahmeforsch zurückgezogen und die ihm von verschiedenen Seiten erteilten Ratsschläge befolgt.

Die große Entente mit der kleinen Entente unzufrieden.

Berlin, 24. September. (Trahtbericht des „Sozialdemokrat“). Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Belgrad hat das energische Auftreten der kleinen Entente den Wünschen einiger Mitglieder der großen Entente nicht entsprochen. Der italienische Vertreter in Belgrad hat Einwendungen erhoben. Man will aber in Belgrad nicht glauben, daß er im Namen der ganzen Entente gesprochen habe. Die „Vossische Zeitung“ bemerkt hierzu: „Die westungarische Frage steht im engsten Zusammenhange mit der Gesamtlage der europäischen Politik, was sich im Vorkriegslande abgepielt hat und noch

abspielt, ist nur zu verstehen, wenn man sich der Tatsache bewußt wird, daß es sich dort um ein Versuchsfeld für größere Unternehmungen handelt, um eine Probe auf den Bestand der Friedensverträge überhaupt.“

Die Hungersnot in Rußland.

50.000 Kinder in Gefahr.

Kopenhagen, 23. September. (Tsch.-P.) Dem „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert, daß sich in Tscheljabinsk im Gouvernement Orenburg 50.000 Kinder, die nach verschiedenen Orten Sibiriens weiter befördert werden sollen, in einem traurigen Zustand befinden. Die Weiterbeförderung kann wegen der elenden Eisenbahnverbindungen nicht stattfinden und in Tscheljabinsk fehlt es an allem Nötigen für die Verpflegung der Kinder.

Rußland und die Ukraine verlangen die Auslieferung Machnos.

Moskau, 24. September. (Hunk.) Die Volkskommissare für Aussenere von Sewjetrußland und der Ukraine, Tschitscherin und Rakobsk haben an die rumänische Regierung eine Note gerichtet, worin sie die Auslieferung des am 28. August nach Bessarabien geflüchteten Bandenführers Machno und seiner Spießgesellen verlangen. Machno hat sich in Rußland und in der Ukraine vieler Verbrechen schuldig gemacht, weshalb seine Auslieferung als gemeiner Verbrecher verlangt wird.

Die diplomatische Offensive gegen Rußland.

Die „Times“ sekundieren den Franzosen.

London, 24. September. (Reuter.) Die „Times“ heben in einem Leitartikel die ungeliebten Konsequenzen des englisch-russischen Handelsvertrages hervor. Die Regierung, schreiben sie, ist vollständig durch den Vertrag gebunden. Er bietet uns nicht genügenden Schutz gegen die bolschewistische Propaganda und verleiht uns gleichzeitig in eine schmachvolle Situation, soweit es um die Reklamation der britischen Gläubiger in Rußland und um die Anleihen handelt, welche die Bolschewiken nicht anerkennen. Am Schlusse des Artikels heißt es, daß es jetzt Zeit sei, auf die erniedrigende Politik, die mit dem englisch-russischen Abkommen verbunden ist, zu verzichten.

Die albanische Frage.

England schließt Italien.

London, 23. September. (Reuter.) Die „Morningpost“ erfährt, daß England und Italien ein Abkommen getroffen haben, wodurch Mittel zum Schutze Albanien gegen Angriffe ins Auge gefaßt und die italienischen Rechte im Adriatischen Meere gewahrt werden.

Kämpfe albanischer Stämme gegen die Nationalisierung.

Belgrad, 23. September. (Tsch. P.-B.) Die „Tribuna“ berichtet aus Skutari: Den Malisoren, welche sich mit den Miriditen solidarisieren erklärt haben und die Regierung in Tirana nicht anerkennen, haben sich die Albanesen-Stämme Dulsadjiin und Schala angeschlossen. Sie unterstützen jetzt die Miriditen, überfallen die Befestigungen der Regierungstruppen und konzentrieren ihre Kräfte in der Richtung gegen Skutari. Dorselbst herrscht Aufregung. Die Regierung in Tirana schickte ihre letzten Truppen gegen die Miriditen und Malisoren. Den letzten Nachrichten zufolge erklärte sich auch der Stamm Pula gegen die Regierung in Tirana und schloß sich den Miriditen an.

Schiedener Gegebenheiten und Gebundenheiten darstellt. Nehmen wir Deutschböhmern und Deutschmähren oder kürzer Prag und Brünn. Diese beiden wichtigsten Städte vertreten ja kulturell die Länder, deren Haupt sie sind. Prag und Brünn haben aus vielen Gründen stets ein Sonderleben geführt. Das geistig-kulturelle Zentrum der Monarchie war Wien. Aus dem Verhältnis zu ihm erklären sich Neigungen und Verschiedenheiten. Adalbert Stifter war es, der das berühmte geworden Wort von Brünn als der Vorstadt Wiens prägte. Tatsächlich gravitierte das geistige Deutschmähren vollständig nach Wien. Es ist erstaunlich, wie viele geistige Arbeiter Mähren nach Wien exportierte. Die Generalschenbach, F. A. David, Philipp Langmann, Richard Schönlank, Franz Schamann, Zifferer, Karl Hans Strobl, die meisten Journalisten von Rang und Namen, Hochschulpromovierten wie Gustav Adler, Bed von Managetta, Böhm-Bawerk, Freud, Laurenz, Tschermak, Rükner, Wiesner, Berner, Möblich, um nur die zu nennen, Rusler (Gustav Mahler, Janak, Büsch, Korngold), Maler (Stawonski) und viele viele andere. Die Wiener Universität war die der Deutschmähren, die alljährlich hunderttausend Studierende nach Wien sankten, von denen die meisten dann in Wien verblieben.

Prag, durch den breiten tschechischen Gürtel vom deutschen Oesterreich getrennt, Deutschböhmern, anderen Stammes als die süddeutschen Oesterreicher, führte sein geistiges Leben

an. Die Regierungstruppen, welche gegen die letzteren zogen, wurden zwischen Jbala und Pula geschlagen und nach Luta zurückgeworfen, von wo ihnen alle Rückzugslinien abgeschnitten sind.

(Die Nationalregierung in Tirana schloß im August 1920 mit Italien den Vertrag, nach welchem dieses die Insel Sasseno behielt und Balona räumte. Dieser Besitz von Sasseno bringt u. a. Griechenland und Südslawien in Gegensatz zu Italien, weil er ihm die Möglichkeit bietet, das Adriatische Meer zu sperren. D. Red.)

Die Niederlage der Griechen.

Athens, 23. September. Amtlich. Unsere Verfolgung entwickelt sich. Die griechischen Truppen, die alle Wege über den Sivi-Hissar räumen, gehen in der Richtung auf Sariko zurück. Tausende von Unberdigten liegen auf den Schlachtfeldern.

Paris, 23. September. Die Konstantinopeler Blätter geben Meldungen wieder, wonach das Gros der griechischen Streitkräfte zwischen Mikalitsch und Sarikoj und Sivi-Hissar eingeschlossen sei. Die Rückzugslinie des Feindes nach Westen soll abgeschnitten sein.

Konstantinopel, 23. September. (Havas.) Man ist hier der Ansicht, daß sich die Griechen in den neuen Stellungen östlich von Saltschehr nicht halten können und weiter westlich eine neue Verteidigungslinie errichten. Die Kemalisten sollen Seidghazi besetzt haben.

Die Washingtoner Konferenz.

London, 24. September. „Daily Mail“ berichtet, es scheine jetzt, als ob die am 11. November beginnende Washingtoner Konferenz auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten, Japans und des Britischen Reiches beschränkt werden solle und als ob sich die Erörterung nur mit den Fragen des Stellenbezugs und der Rüstungseinsparungen befassen würde. In England sind laut „Daily Mail“ amtliche Vorstellungen vonseiten der Vereinigten Staaten erfolgt, in denen nachdrücklich hervorgehoben wird, daß die Anwesenheit Lloyd Georges auf der Washingtoner Konferenz erwünscht sei. Lloyd George habe jedoch endgültig beschloffen, nicht nach Washington zu fahren. Es ist zweifelhaft, ob der Gesundheitszustand Balfours diesem gestatten wird, nach Washington zu gehen. Die Franzosen entsenden Briand, Garraud, Jusserand und Viviani oder Loucheur.

Wie man gegen die Sozialdemokratie kämpft.

Der Suche nach dem besten Mittel gegen die Sozialdemokratie, die zu bekämpfen, wie der Reichsberger „Vorwärts“ behauptet, zu „den hervorragendsten Aufgaben der kommunistischen Partei gehört“, widmet der „Vorwärts“ eine ellenlange Betrachtung, die der Sentimentalität nicht ermanget, denn er ist nach launem, tiefen Nachdenken dahintergekommen, daß die bisherigen Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie die gewünschte Wirkung nicht gebracht haben. Welche Verhältnisse die sozialdemokratischen Organisationen haben, trotzdem daß sie von den Kommunisten tausendmal manöviert gefogt wurden, alles Getöbe und Geschrei der Kommunisten überlebt und auch die sozialdemokratischen Führer konnten weder zu wirklichen noch zu politischen Leichen gemacht werden. Da die größten kommunistischen Schmutzstübel nicht gehoben haben, so macht eine schöne kommunistische Seele im „Vorwärts“ folgende Bekenntnisse und Ratsschläge:

Sonderleben, ihm war Berlin, war Deutschland näher als Wien und Oesterreich.

So waren die Beziehungen zwischen Prag und Brünn geringe und sind es bis auf den heutigen Tag geblieben. Daran hat die neue engere Staatsgemeinschaft noch immer nichts geändert.

Deutschmähren hat mehr verloren. Wien ist für uns Urstand geworden. Wenn wir uns auch der innigsten Kulturgemeinschaft mit dem deutschen Volk, für die es keinerlei staatliche Grenzspähle gibt und geben darf, bewußt sind, wenn uns auch nichts ferner liegen darf als herangehende, kleinliche Nationalpolitik: die Verhältnisse haben sich tatsächlich geändert. Unser geistiger Export nach dem deutschen Süden wird, wenn auch nicht ganz aufhören, so doch bedeutsam eingeschränkt werden. Prag ist fortan unsere Universitätsstadt, unsere neue Reichshauptstadt, wir müssen uns umorientieren. Darum empfinden die Deutschmähren diesen Wechsel früher und stärker als das immer selbständigere Deutschböhmen, Brünn mehr als Prag. Daraus erwächst aber für Deutschböhmen, für Prag die Pflicht, sich seiner erhaberen Aufgabe bewußt zu werden und den Zusammenschluß aller Deutschen dieses Staates auf geistig-kulturellem Gebiet zu fördern.

Mit zusammenhanglosen Einzelheiten, daß ein Professor einen Vortrag hält, daß in den Theatern ein (nicht mehr wiederholtes) Wechselstück stattfindet, ist es nicht getan. Da muß bewußt organisiert werden. So kommt

„Ohne zu schematisieren, dürfen wir sagen, die Kommunisten haben bisher dem Kampfe gegen die Führer mehr Aufmerksamkeit gewidmet, als dem Kampfe um die Gewinnung der Massen. Sie haben die großen Massen und deren unmittelbarsten Bedürfnisse gewissermaßen vernachlässigt und den Kampf zu sehr als einen solchen gegen die sozialdemokratische und Gewerkschaftsbürokratie geführt. Sie glaubten, den Kontakt mit den Massen dadurch am sichersten zu bewahren zu können, wenn sie die Führer bei der Gurgel faßten und nicht losließen. Die Erfahrungen des letzten Jahres — und der Moskauer Kongress hat ja bloß diese Erfahrungen des letzten Jahres — und der Moskauer Kongress hat ja bloß diese Erfahrungen zusammengefaßt und konkretisiert — haben bewiesen, daß diese Auffassung eine irrtümliche war. Der Moskauer Kongress hat hieraus die Konsequenzen gezogen und für den Kampf der Kommunisten neue Richtlinien festgesetzt. In den Massen — heißt im Sinne dieser neuen Richtlinien, daß man die Sozialdemokratie nicht todschlägt, indem man sich ausschließlich oder fast ausschließlich darauf beschränkt, durch mehr oder weniger scharfsinniges Kritizieren der Ereignisse und Kämpfe die Führer in den Augen der Massen zu diskreditieren. Um die Sozialdemokratie todschlagen, muß man die Äxt an die Wurzel legen, muß man hinabsteigen in die Tiefen, aus denen die Sozialdemokratie ihre Kräfte schöpft. Diese Kräfte haben nichts Geheimnisvolles an sich, sie können also durch keine noch so teuflischen Bannflüche, durch keinerlei Beschwörungskünste vernichtet werden. Es sind durchaus reale Kräfte, auf die die Sozialdemokratie sich stützt: die aus dem alltäglichen Leben der großen Massen herauswachsenden Bedürfnisse, Sicherung der Existenz, Sicherung besserer Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse. Diese Bestrebungen haben freilich kein besonders revolutionäres, umstürzerisches Aussehen, aber sie bewegen die große Masse, für die auch die Revolution, der Umsturz naturgemäß keine marxistisch-wissenschaftliche, sondern eine wirtschaftliche, vulgär gesprochen, eine Magenfrage ist.“

Obwohl die schöne Seele eine Ahnung davon hat, welch ehrendes Zeugnis sie den Sozialdemokraten ausstellt und welch vernichtendes Urteil sie über die für die Arbeiter fruchtlose, demagogische Phrasen- und Schimpfpolitik der Kommunisten fällt? Der „Vorwärts“ bekennt: die kommunistische Partei hat für die „aus dem alltäglichen Leben der großen Massen herauswachsenden Bedürfnisse, Sicherung der Existenz, Sicherung besserer Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse“ nichts getan, sie hat die Massen nur damit zu gewinnen gehofft, daß sie „die Führer an der Gurgel faßte und nicht losließ“. Aber die „Gurgel“ — welch eine reizende Terminologie! — erwies sich für die Wünsche der Kommunisten als zu widerstandsfähig und die Massen, welche erkannten, daß die Kommunisten nur leeres Phrasen- und Lügenstroh dreschen, wollten sich nicht einsperren lassen. Also will es in der Schmachdung neuer Parolen vielerfachene kommunistische Partei mit einer neuen Waise versuchen und hat darum, um vielleicht doch noch die Massen zu gewinnen, für die „alltäglichen Lebensbedürfnisse der Massen“ ihr Herz entbeut. Die neue Parole bedeutet aber vor allem: die Hoffnungen auf die so oft als „unmittelbar bevorstehende“ Weltrevolution haben die Kommunisten nun selber aufgegeben und versprochen, vorläufig der sozialpolitischen Gegenwartarbeit sich zu widmen, also das selbe, was die deshalb tausendmal geschmähte Sozialdemokratie um Wohle der Arbeiterschaft seit je tut. Wenn fällt beim Lesen des Bekenntnisses dieses Vankertums der bisherigen kommunistischen Phrasologie nicht das bekannte Volkswort ein: Matthäi am letzten!

Organisation der geistigen Arbeit.

Von Dr. Guido G. A. Brünn.

Eine Organisation der geistigen Arbeit des deutschen Volkes in der Tschechoslowakei, die Dr. G. A. Brünn in nachfolgendem Artikel anregt, ist eine unserer kulturellen Lebensnotwendigkeiten und ist nur durch die politische Autonomie zu verwirklichen. (D. Red.)

Dr. Friedrich Bill hat jüngst an dieser Stelle in seinem Aufsatz „Das Prager deutsche Theater“ (anläßlich der Aufführung von Hauptmanns „Weber“) die Bemerkung gemacht, daß hier dieses Stück einem Auschnitt städtischer, bürgerlicher Bevölkerung vorgesetzt würde, für die es lange nicht die Interessenbedeutung besäße wie etwa für die Arbeiter-Deutschböhmens, die es gar nicht zu sehen bekämen. Dieser Gedanke rührt an ein Problem, das für alle Deutschen dieses Staates von allergrößter Bedeutung ist, an die uns dringende nötige Organisation geistiger Arbeit überhaupt. Wir sind seit nun drei Jahren in diesem Staat gestellt und nichts spricht dafür, daß wir Deutsche zueinander gefunden hätten oder auch nur zueinander fänden oder wenigstens zu finden suchten. Das dringende Band könnte natürlich nur das unserer geistigen Kultur sein: sie allein könnte Ausdruck unserer Einsicht sein. Wie sieht es aber tatsächlich aus? Wir wissen kaum voneinander. Natürlich ist dies das Ergebnis geschichtlicher Entwicklung, die selbst wieder ein Produkt ver-

es nur zu geringfügigen Einzelunternehmungen wie Lokalbewußten, mehr trennenden als als vereinigenden Zeitschriften z. B., die nach kurzer Frist zum Tod verurteilt sind, zu kleinen Anfängen, die, kaum am Wege, schon ermaten.

Man müßte kein Deutscher sein, um Eigentum und Eigenentwicklung nicht zu schätzen: ihr Gutes muß bewahrt, ihr Schlechtes aber entfernt werden. Böhmen, Mähren und Schlesien: noch immer sind die Deutschen dieser Länder der Böhmen, Mähren und Schlesiens. Sie sollen es weiter bleiben, doch sich dessen klar bewußt werden, daß sie als Schicksalsgemeinschaft in diesem Staate eine neue Einheit bilden, die sich in der weiten Welt als die Deutschen in der Tschechoslowakei darzustellen hat.

Der Anfang möge dahin gemacht werden, daß wir voneinander wissen, daß wir uns dessen bewußt werden, was deutscher Geist, deutsche Kultur in diesem Staate leistet, daß wir alle Kräfte sammeln, alle Quellen zusammenleiten zu einem zielbewußt und unheimbar rauschenden Strom, über den man nicht achlos hinüber kann. Masaryk hat bei seinem jüngsten Besuch in Brünn das Wort Adalbert Stifters aufgegriffen und hinzugefügt: aus der einstigen Vorstadt Wiens ist die zweite Großstadt unseres Staates geworden. So liegt die tatsächlichen Verhältnisse. Bestimmen wir uns und gehen wir endlich daran, alle deutsche geistige Arbeit zusammenzufassen, zu organisieren, um uns selbst vor uns selbst und vor allen anderen zu befähigen!

### Der Kampf der Eisenbahner.

Die Bewegung der Eisenbahnbediensteten ist infolge der bewussten Sabotierung der Forderungen der Eisenbahner durch die hohen Eisenbahnbürokraten in ein Stadium des offenen Kampfes zwischen den Vertretern des Personals und jenen der Eisenbahnverwaltung getreten. Am Montag, den 26. ds., Vormittags, finden endgültige Verhandlungen der Vertreter der Rahmenorganisationen und zwar: „Verband“, „Unie“, „Fednota“ und „Spolek“ unmittelbar mit dem Ministerpräsidenten und den maßgebenden Ministern statt.

Die Art und Weise des von den Rahmenorganisationen angetretenen Kampfes, welcher ein planmäßiger und wohlüberdachter, dabei aber ein scharfer und unerschütterlicher ist, wurde von den Eisenbahnern, die seit Monaten einer nie dagewesenen Provokation seitens der Eisenbahnbürokraten ausgesetzt waren, mit spontaner Freude und kampfbereitschaftiger Bereitwilligkeit gutgeheißen und wird von den organisierten Eisenbahnern mit allen Kräften unterstützt. Die Kampfbereitschaft jeder einzelnen Kategorie ist wohlorganisiert und bis ins kleinste Detail vorbereitet.

#### Direktiven für die allernächsten Tage.

Die Vertrauensmänner in Dispositionstationen werden von ihren Organisationen schriftlich verständigt, an welchem Orte sie sich am Donnerstag, den 29. ds. M., Vormittags, einzufinden haben, wo sie genaue Weisungen erhalten werden.

Am Demonstrationstreif, welcher für den 30. ds. M., in der Zeit von 11 bis 13 Uhr, für den Fall, daß die Verhandlungen zu keinem Resultat führen sollten, festgesetzt wurde, haben sich nicht zu beteiligen: Bedienstete bei der Dampfseilwartung, Feuerwachen, Bahnpolizei und Sanitätsdienst. Alle anderen sind verpflichtet, falls bis dahin von den Rahmenorganisationen keine anderen Weisungen herausgegeben wurden, am genannten Tage präzise 11 Uhr die Arbeit einzustellen und bis 13 Uhr in Ruhe und Besonnenheit auf ihren Dienstposten und Arbeitsplätzen zu verbleiben, insofern es sich nicht darum handelt, daß ein Teil dieser Zeit nicht in die Mittagspause fällt.

Eisenbahner! Wartet in Ruhe das Ergebnis der Verhandlungen Eurer Organisationsleitungen ab und richtet Euch im gegebenen Moment nur nach der ausgegebenen Parole Eurer verantwortlichen Organisationsvertretung!

Zu der Solidarität und im geschlossenen einheitlichen Auftreten liegt Kraft und Sieg!

### Die Arbeiterbewegung in der Podkarpatska Rusj.\*

Bedingungen der ruthenischen sozialdemokratischen Bewegung im alten Ungarn. — Die Revolutionszeit. — Gründung der ruthenischen sozialdemokratischen Partei. — Die Unabhängige sozialdemokratische Partei der Podkarpatska Rusj, Ursachen der Gründung (Verhältnis zum Kommunismus). — Die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung. — Solange die österreichisch-ungarische Monarchie bestand, konnte von einer ruthenischen sozialdemokratischen Bewegung in unserer Lande keine Rede sein. Dies war einerseits die Folge der sehr schwachen Entwicklungsstufe dieses kleinen Bruchstückes des ruthenischen (ukrainischen) Volkes, andererseits aber Folge der ungarischen Gewaltherrschaft. War doch in Ungarn alles, was an den nationalen Charakter der ungarischen Ruthenen erinnerte, strengstens verboten, wie z. B. die ruthenische Schule, Amtssprache usw. Nur in der Kirche vermochte, unter dem Deckmantel der kirchlichen altslawischen Sprache, der nationale Charakter der Bevölkerung Zukunft finden. Aber die ungarischen Machthaber wußten auch

diese Institutionen staatsdienend zu machen, indem sie deren Träger, die Priester, vollkommen magyarisierten, so daß die Kirche mit Hilfe von magyarischen Gendarmen das Volk unterdrückten half. Die tolerierten kirchlichen Schulen standen zwar dem Volke näher als die magyarischen, da die kirchenslawische Sprache, die gelernt wurde, dem Volke weniger verständlich war, aber sie waren unter jeder Kritik. Es wurde sonst magyarisch gelehrt — das Volk konnte sich — mit Ausnahme der Intelligenz, das Magyarische nicht aneignen, und so blieb es außerhalb der modernen Kultur, sich selbst überlassen. Der Typus des Karpathoruthenen war der arme Kleinbauer, der nach Amerika saisonweise emigriert, ein Proletarier ohne Bildung, der in seiner Armut und Unwissenheit an seiner Kirche hängt, weil er nichts anderes kennt.

Die damalige sozialdemokratische Bewegung unter der Arbeiterschaft des ehemaligen Ungarns rechnete mit den ruthenischen Proletariern nicht. Ein Kind ihrer magyarischen Heimats, waren die ungarischen Genossen zu dieser Zeit (mit seltenen Ausnahmen, die nicht ins Gewicht fallen) nationalistisch und zentralistisch gesinnt. So geschah es, daß nur die ungarischen Proletarier Kenntnisse in der sozialdemokratischen Theorie und Praxis und die geistigen Mittel zur Hebung ihrer Lage erwerben konnten. Dem Aermsten aller Armen, dem ungarischen ruthenischen Arbeiter, war alles dies fremd und unverständlich — vermeintlich geblieben. So blieben großen Massen der Proletarier im alten Ungarn, besonders im ruthenischen Gebirge, außer der sozialdemokratischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, ein Ausbeutungsgegenstand der, meistens jüdischen, Kapitalisten, ein schlechter Konkurrent auf dem Markte der Arbeit. Was diesen armen Proletariern verständlich gewesen wäre, die ukrainische sozialdemokratische Zeitung aus Ostgalizien oder aus der Ukraine, war in Ungarn verboten; es konnte auch kein persönlicher Kontakt aufrechterhalten werden, da ihn die ungarische Gendarmerie zu verhindern wußte. Trotzdem existierten doch gewisse, wenn auch sehr kleine Beziehungen zwischen den Karpathoruthenen und ihren Brüdern in Ostgalizien, besonders unterhielten sie die Suzulen in den an Galizien angrenzenden Gemeinden.

Der Krieg änderte diese Verhältnisse grundlich. Wohl brachen noch ein letztesmal die Verfolgungen seitens der magyarischen Regierung und des Militärs aus, aber die jungen Männer standen bereits unter dem Einflusse des persönlichen Verkehrs mit ihren Brüdern aus Ostgalizien und später aus der Ukraine. Viele kamen in russische Gefangenschaft, wo sie das Leben ihrer Brüder in der Ukraine kennen lernten und viele beteiligten sich sogar aktiv an den Geschehnissen des Revolutionsjahres 1917. In diesem Jahre arbeitet bereits eine ganze Reihe ruthenischer Arbeiter aus Karpathoruthenien in den ukrainischen sozialdemokratischen (auch sog. revolutionären) Organisationen, besonders aber im Jahre 1918. Nach dem Zerfall Oesterreichs traten viele Karpathoruthenen in den Dienst der ukrainischen Nationalarmee und viele andere waren in der ukrainischen Volksrepublik auf andere Weise beim Bau des jungen Staates behilflich. Einige ruthenische Arbeiter waren in den Jahren 1918—19 Mitglieder der ukrainischen sozialdemokratischen Organisation in Stanislaw. So war der erste wichtige Schritt gemacht: die Karpathoruthenischen Proletarier erhielten proletarische Aufklärung von ihren, schon seit langer Zeit gut organisierten Brüdern von der anderen Seite der Karpaten, es wurde ihnen aber auch gleichzeitig nationale Aufklärung zuteil. Als die Podkarpatska Rusj definitiv an die tschechoslowakische Republik angeschlossen wurde, kehrten die schon aufgefärbten und organisierten ruthenischen Arbeiter in ihr Heimatland zurück und brachten die Idee der sozialdemokratischen Organisation nach Hause mit. Die Einflüsse aus ihrer breiteren Heimat, der Ukraine, sowie diejenigen des neuen Staatszentrums, d. i. Prag, machten es möglich, daß die Lehren und Erfahrungen der Revolutionsjahre beim ruthenischen Proletarier in der Podkarpatska Rusj nicht verloren gingen. Bei der Neugestaltung des sonst sehr armen politischen Lebens in diesem Lande wurde auch an die Gründung der ruthenischen sozialdemokratischen Partei geschritten, was noch im Jahre 1920 geschah. Im Frühjahr 1920 wurde ein Wochenblatt „Narod“ („Das Volk“) gegründet, und zum Obmann der Partei wurde Genosse Jozko Ostaptschuk gewählt, ein Vorkämpfer der Sozialdemokratie in Ostgalizien, gewesener Abgeordneter (gewählt im Jahre 1907 als ukrainischer Sozialdemokrat im Wahlbezirk Ternopol-Zbaraz) im österreichischen Reichsrat. (Gen. Ostaptschuk überlebte in den Gemplexen Bezirk schon einige Jahre vor dem Kriege und hat jetzt die tschechoslowa-

tsche Staatsbürgerschaft optiert). Den Stamm der Parteimitglieder bildeten die jungen Arbeiter aus Jasinja, Bystro usw., die, wie erwähnt, Mitglieder der ukrainischen sozialdemokratischen Partei gewesen waren, um nur die Genossen Kotschural, die Brüder Klemptschuk, Mysalko, Jozypyschuk, Sopovitsch u. a. zu nennen. Die Karpathoruthenische Intelligenz, die im großen und ganzen magyarisch ist und erst jetzt ihre nationale Gesicht wiederzuerlangen anfängt, bekannte sich nur ausnahmsweise, so z. B. Parteibeamtenstellvertreter E. Puzo, zur Sozialdemokratie. Erst in letzter Zeit nimmt die sozialdemokratische Bewegung in den Reihen der jüngeren Intelligenz, der Studenten usw. zu.

Gleich von Anfang an entwickelte die junge Parteioorganisation eine rege Tätigkeit unter dem ruthenischen arbeitenden Volke und erzielte gute Resultate. Allgemein betrachtet, sind die sozialen Verhältnisse des Landes derart, daß sie das Gedeihen einer Proletarierbewegung unmöglich machen. Das Land ist ein Gebirgsland; ausgenommen einige Großgrundbesitzer (wie des Grafen Schönborn u. a.) sind die Wälder vorwiegend staatl. Eigentum und die Bevölkerung besteht einerseits aus kleinen Bauern, andererseits aus Proletariern, die zum großen Teile noch mit dem Lande verbunden sind, indem sie ein Häuschen oder kleines Stück Boden zu eigen haben. Der gesamte Handel ist in den Händen des jüdischen Teiles der Bevölkerung der verhältnismäßig sehr groß ist. Die Leute werden ausgebeutet auf eine, irgendwo anders ganz unbekannte Art. Eine aufrichtige, wahrhafte, organisatorische Hilfe findet bei diesem guten aber noch primitiven Volke immer freudige Aufnahme. Die ländlichen Proletarier sind fast ausschließlich ruthenischer (ukrainischer) Nationalität; in der Stadt, unter dem Proletariat, im engen Sinne des Wortes, überwiegen die magyarischen, deutschen und jüdischen Arbeiter, sehr zahlreich sind die denationalisierten Ruthenen, die erst jetzt die Möglichkeit bekommen haben, sich zu ihrer Nationalität, in ihren nationalen Arbeiterorganisationen zu bekennen.

Obwohl die Industrialisation der Podk. Rusj noch sehr primitiv ist, existieren doch schon einige Industrien, vor allem die Holzindustrie, in der die meisten Arbeiter beschäftigt sind, dann die Gemische Industrie, Staatsbahnen usw. Dazu kommen die Eisenbahner u. a. Angehörigen des Staates. So gibt es Zentren, in denen die ruthenischen Arbeiterorganisationen sich sehr gut entwickeln können wie: Uhorod, Zerefschn, Swalsawa, Tiascherwo, Solotwyna usw. Die ruthenische sozialdemokratische Partei begann ihre Tätigkeit am Lande und übertrug sie dann in die Stadt. Es entstand eine ganze Reihe von Organisationen und das Parteiorgan wurde zu einem der meist gelese- nen Blätter der Karpathoruthenen. Im November 1920 beteiligte sich eine größere Delegation der ruthenischen Sozialdemokraten am Parteitag der Tschechoslowak. Sozialdemokratie, unter Führung des Gen. Stapschuk. Hierauf folgte eine größere Konferenz der Partei in Uhorod, die am Februar 1921 abgehalten wurde. An derselben nahmen gegen 60 Delegierte teil und man sah schon, daß die Partei auch unter dem städtischen Proletariat an Bedeutung gewinnt, denn unter den Delegierten war eine ganz ansehnliche Zahl der Arbeiter aus den Industriezentren und Städten.

Unterdessen bereiteten sich aber gewisse Tatsachen vor, die einen entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung der soz. dem. Bewegung in der Podkarpatska Rusj nahmen. Im April d. J. kam es zur Gründung einer „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der Podkarpatska Rusj“; die Partei stellt sich gegen die zweite, aber auch gegen die dritte Internationale, und umfaßt Arbeiter aller Nationen. Die einzelnen Nationen bilden also innerhalb der Partei ihre nationalen Gruppen. Es ist eine in der Arbeiterbewegung in Oesterreich-Ungarn wie auch im gewesenen Rußland wohl bekannte Form der Organisation. Als Obmann der Partei blieb Genosse Stapschuk; der Sekretäre sind zwei: Gen. Kotschural seitens der ruthenischen, Genosse Tomas seitens der magyarischen Sektion. Es werden zwei Organe herausgegeben: in der ukrainischen Sprache „Bpered“ und in der magyarischen „Clöre“. (Beides bedeutet: Vorwärts.)

Um dieses letzte Stadium in der Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in der Podkarpatska Rusj gut verstehen zu können, müssen wir das Verhältnis der ruthenischen zu den magyarischen sozialdemokratischen Arbeitern und zum Kommunismus kurz angeeignen. Wir haben schon erwähnt, daß die ehemalige magyarische sozialdemokratische Partei recht nationalistisch und zentralistisch war. Nach der Zergliederung der Podkarp. Rusj an die Tschechoslowakische Republik konnten sich viele der magyarischen Sozialdemokraten lange an die neuen Verhältnisse nicht anpassen. Die damals noch nicht geteilte magyarische Sozial-

demokratie betrachtete, meistens vom nationalistischen Gefühl der einmal herrschenden magyarischen Nation beeinflusst, die ruthenische sozialdemokratische Bewegung als etwas feindliches. Einmal hieß es, daß die ruthenische Bewegung vom ruthenischen Nationalismus geleitet werde und die geschlossenen Reihen der Partei brechen wolle, ein andermal wieder, daß es unter den Organisations der ruthenischen Partei keine rechten Sozialdemokraten gibt, was man auch vom Genossen Stapschuk behauptete! Besonders die späteren Führer der kommunistischen Gruppe der magyarischen Partei waren es, die am meisten aktiv auftraten wie Dr. Galy u. a. Die ruthenischen Genossen führten aber ungeachtet dessen ihre Arbeit fort. Es kam die Spaltung in den Reihen der ungarischen Genossen, welche sich so vollzog, daß der Großteil kommunistisch wurde, während einige wenige, konsequente Arbeiter über Bord geworfen wurden. Die Zeit der kommunistischen Vorherrschaft brachte viel Schaden besonders der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der Podk. Rusj. Die ruthenischen Genossen verblieben als eine kleine politische Gruppe, beim alten Programm, obwohl auch im Organ der Partei „Narod“, im Frühjahr 1920, da die Redaktion in unbersenen Händen ruhte, eine gewisse Wendung zum Kommunismus zu bemerken war, was aber bald beseitigt wurde. Eigentlich konnte man von einer kommunistischen Richtung unter der ruthenischen Sozialdemokraten nicht reden: das, was man die ruthenische kommunistische Partei nannte, war eine Gruppe der magyarischen Kommunisten, bestehend aus magyarischen und denationalisierten, ruthenischen Arbeitern, hauptsächlich aber Intelligenzjüngern, wobei der Einfluß von auswärtig (die s. g. ukrainische kommunistische Partei) auch eine wichtige Rolle spielte. Die üblen Folgen dieser Vorherrschaft und der weiße Terror in Ungarn waren für die nicht verblassenden und wahrhaft proletarisch fühlenden Arbeiter eine Lehre ohne Gleichen. Daß die demagogische Methode der Kommunisten eine vollkommene Vernichtung der Arbeiterorganisation mit sich bringen werde, diese Bestimmung kam eh noch alles verloren war. Eine kleine Gruppe der ruthenischen Genossen entschied sich, verhandelt mit den ruthenischen und die Folge war, daß man an die Gründung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei der Podk. Rusj schritt. Die ruthenische Partei ist unter der Landarbeiterschaft und den Holzarbeitern stark, die ungarischen Genossen haben eine Reihe von aufgefärbten Massenbewussten Proletariern in den Städten. So vereinigten die ungarischen und ruthenischen Genossen ihre Kräfte zu gemeinsamer Arbeit. Den ungarischen Arbeitern kamen die Wiener sozialdemokratischen Emigranten unter Führung des Genossen Ruffi mit gutem Rat: mit den neugeschaffenen politischen Verhältnissen zu rechnen und zu schauen, der Arbeiterklasse möglichst viel behilflich zu sein, da die Verhältnisse in der Tschechoslowak. Republik einer praktischen Arbeit unter dem Proletariat verhältnismäßig günstig sind, während in Ungarn die jetzige feudale Gewaltherrschaft jede Organisationsmöglichkeit vernichtet hat.

Im Laufe des Frühjahres und des Sommers d. J. schritten die Genossen in der Podk. Rusj an die Erneuerung der gewerkschaftlichen Organisationen, was ihnen in vielen Industrieorten desto mehr gelingt, als die Arbeiter sich schon früher von den Kommunisten abzulehnen angingen. Man könnte die, jetzt in der Partei eingetretene Periode als eine Periode bezeichnen, wo die Partei, ihren nationalen Sektionen die national-politischen Angelegenheiten der ruthenischen bzw. magyarischen Arbeiterschaft überließend, an den Aufbau der Gewerkschaften geschritten ist, um die Schäden, die dieser Bewegung durch die Kriegsereignisse, die früheren Verhältnisse in der ungarischen Hälfte der gewesenen Monarchie und durch den Kommunismus zugefügt wurden, auszumachen. Die neugeschaffene Organisation der soz. dem. Arbeiter hat sich an die Wiener Arbeitsgemeinschaft (die s. g. 2 1/2 Internationale) angeschlossen. Ob die Organisation in der heute bestehenden Form weiter fortgeführt werden wird, kann man heute nicht voraussagen. Sicher ist aber, daß die Form den Bedürfnissen der Arbeiter selbst angepaßt werden soll; so lange die beiden proletarischen Gruppen, die ruthenische und die magyarische schwach sind, werden sie in dieser Form der Organisation Stärkung finden, bis die Möglichkeit gegeben sein wird, die politische sozialdemokratische Bewegung in selbständigen nationalen Parteien, der ruthenischen (ukrainischen) der magyarischen usw. weiterzuführen.

Selbstverständlich würde das ruthenische Proletariat die Bildung einer Internationale in der Republik als einen wichtigen Schritt zur Wiederanbahnung der 2 1/2 Internationale auf das frucht-

\*) Bezüglich der Benennung unseres Landes möchten wir darauf aufmerksam machen, daß in der deutschen Presse der Republik eine solche Terminologie sich eingebürgert hat: Karpathoruthenland, Karpathoruthen. Dieser Fehler resultiert aus der falschen Voraussetzung, daß Podkarpatska Rusj und ihre Bevölkerung ein Anhängsel des russischen Territoriums, bzw. Nationalelementes gegen den Westen sind. Ohne uns in die ethnographischen und philologischen Einzelheiten einzulassen, sei nur bemerkt, daß es entschieden unrichtig und unwissenschaftlich ist, dem Lande einen russischen Charakter zuzumuten. Die Bevölkerung gehört, wie diejenige in Ostgalizien und in der Ukraine, zur ruthenischen oder ukrainischen Nationalität. Wir behalten den Namen „Podkarpatska Rusj“ oder deutsch: Karpathoruthenien, Karpathoruthenen.

### Teuerung und Arbeitslöhne.

Das staatliche statistische Amt hat, wie bereits berichtet, vor einigen Tagen die Indexziffer der Kleinhandelspreise für die erste Hälfte des Jahres 1921 veröffentlicht. Von Jänner bis Juni hat sich die Indexziffer wie folgt bewegt: 1643, 1423, 1450, 1456, 1445, das heißt, im Juni war die Lebenshaltung in der Tschechoslowakei vierzehneinhalbmal so teuer wie im Juli 1914. Nehmen wir also an, daß im Juli 1914 ein Arbeiter mit 75 K Wochenlohn langte, oder ein Angestellter mit 300 K ein bescheidenes Dasein führte, so müßte derselbe Arbeiter, wenn er auf dieselbe Lebenshaltung Anspruch erheben würde, dormalen 1083,75 K in der Woche, der Angestellte 4034 K monatlich verdienen. Nun zeige man uns den Durchschnittsarbeiter oder den Durchschnittsangestellten, der einen solchen Lohn oder Gehalt in Wirklichkeit erhält! An den beiden Zahlen kann man erst erkennen, wie sehr die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten herabgedrückt wurde, wie sehr heute die Massen der Bevölkerung verelendet sind. Dazu kommt noch, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten mit einer weiteren bedeutsamen Steigerung der Indexziffern zu rechnen haben, weil die Freigabe des Getreidehandels die Kosten für Brot und Mehl in die Höhe treiben werden, und weil die neue Prozentige Umsatzsteuer überhaupt alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter verteuern wird. Wenn also im Winter ein Arbeiter oder Angestellter so leben will, wie jemand, der 1914 ein Einkommen von 300 K monatlich gehabt hat, dann müßte er nun mindestens 5000 K monatlich verdienen. So schaut die Wirklichkeit aus! Und dabei wagen es noch die Unternehmer, von einer Herabdrückung oder Stabilisierung der Löhne zu reden. Die Stabilisierung der Löhne, ein Schlagwort, das schon endlich aus der öffentlichen Diskussion verschwinden sollte, würde keine anderen Folgen haben, als eine vollständige Verelendung der Bevölkerungsmassen der Tschechoslowakei herbeizuführen.

### Tages-Neuigkeiten.

„Der Mensch ist gut“. Das ist ein Dichterversatz aus traurigen Herzen heraus. Leonhard Frank hat es sich unter Schmerzen abgerungen, als eben die Menschen wie wilde Tiere gegen einander rasten. Mitten in den Graueln des Weltkrieges stand es als Trost, Erhebung und Zuflucht vor seiner gemarterten Seele, weil er den Grauel die Güte gebären sah. Ein Kellner, dem die blinde Augen den einzigen Sohn gemordet hat, trägt begeistert den neuen Heilsruf „Der Mensch ist gut“ unter seine von gleichen Qualen zerrissenen Brüder und Schwestern. Ein armes Weib, dessen Gatte scheiden mußte, ohne die Geburt seines Kindes erleben zu dürfen, tritt dem Kellner als Verfünderin seiner Wahrheit einfügungsvoll zur Seite, wie eine Lavine wächst das Wort, allen Haß und Neid vernichtend wird es einem bitter schwer, daran zu glauben, und wie freudlos hohn klingt uns in den Ohren. So heute, wenn man die Nachricht liest: „Wald nach dem Unglück in Oppau haben sich gewisse Elemente eingefunden, um zu plündern. Auch Leichenräuber trieben ihr Unwesen, zogen den Toten Ringe von den Fingern und raubten Wertgegenstände.“ Also auch vor der Majestät des schauerlichsten Todes macht die Habgucht verfeinerte Menschen nicht halt? Indes tausend gebrochene Augen in stummer Anklage zum Himmel starren, während der Feuerregen von Sodan und Gomorha grause Wirklichkeit wurde und ein einziger Augenblick, ein volkreiches Dorf von der Erde segte, in dieser selben Minute konnte sich in einem Augenblicke des Unheils die Hyäne empordrücken, daß er hingung und den toten Bruder beraubte? Gut ist der Mensch? Wolf und Tiger und Haszgeier sind besser denn er! O, glaubt das nicht! Gebt nicht dem Menschen die Schuld, welche die Zeit und die Gesellschaft tragen! Nur der Widersinn des Lebens, der Gleichgeborenen in Arme und Reiche teilt, der die Ausbeutung mit Gesetzesmacht umkleidet und die Arbeit um ihre Früchte preßt, nur dieser Widersinn hat Gut in Böse verkehrt, hat den Respekt vor Blut und Tod in den Seelen erstickt und das Unausdenkbare des Leichenraubes zur Tatsache gemacht. Die Welt, die das Eigentum zu ihrem einzigen Gott erhob, zeugte die Mut der Gesellschaft fast jedem Neugeborenen als Geschenk in die Wiege legt, tötete in manchem die Seele, ehe sie noch recht zum Leben erwachte. Von der Gesellschaft entseelte Larven haben die Leichen von Oppau beraubt, nicht Menschen. Denn der Mensch, der Mensch geblieben ist, dieser Mensch ist gut. Trost allem und allem! Glaubet daran!

Die Katastrophe von Oppau. Im Reichsarbeitsministerium in Berlin fand gestern, Samstag, unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers die Konstituierung eines Hilfsausschusses für die Betroffenen bei der Katastrophe in Oppau-Ludwigshafen statt. Der Minister, der soeben von seiner Reise

nach der Unglücksstelle zurückgekehrt war, machte Mitteilung über den furchtbaren Anblick der Schäden. Die Arbeiter, die die Katastrophe überlebt haben, sind erfreulicherweise im Augenblicke nicht brotlos, da sie genügend mit den Aufräumungsarbeiten und später mit dem Wiederaufbau des Wertes beschäftigt sein werden. Oppau sieht aus wie eine einzige Ruine und auch die Schäden in Ludwigshafen, Frankenthal und Mannheim sind ungeheuer groß. Der Minister erkannte die Ehrenpflicht des Reiches zur Wiederherstellung und erklärte, daß zu den Maßnahmen des Reiches eine private Hilfe notwendig sei. Es wurde dann das Hilfskomitee unter dem Namen „Reichshilfsausschuss für Oppau“ konstituiert, zu dem sämtliche beteiligten Verbände, insbesondere auch die Vertreter der Arbeiter, gehören. Die Zahl der Toten wird in dem Berichte auf 350, die der Schwerverletzten auf 800 angegeben.

Aus Mannheim wird gemeldet: Nach einer bisher durch das Ludwigshafener Bürgermeisterrat veröffentlichten Liste sind 235 Tote gemeldet, die mit Namen einwandfrei festgestellt sind und außerdem 75 Tote, die unerkannt dem Friedhofe übergeben wurden. Seitens der Angehörigen sind bis gestern abends 69 Personen als Vermisste gemeldet worden. In den Krankenhäusern der Pfalz, Mannheim, Heidelberg usw. sind 519 Verwundete aufgenommen worden.

Der Streit um Konopischt. Durch den Versailleser Friedensvertrag sind an die Tschechoslowakei alle Güter der Mitglieder der Familie Habsburg-Lothringen übergegangen. Das Gut Konopischt bei Beneschau dagegen ist nach dem Tode des Erzherzogs Franz Ferdinand auf seine Kinder, die Hohenberge, übergegangen. Deshalb war zur Konfiskation des Gutes eine Ergänzung zum Gesetze über die Enteignung der Habsburgischen Güter zu Gunsten der Tschechoslowakei notwendig. Das Gesetz ist vom Abgeordnetenhause und Senat erledigt worden und harret der Unterschrift des Präsidenten der Republik. Nun ist es aber, so schreibt die „Tribuna“, nicht sicher, ob der Gesetzentwurf vom Präsidenten unterschrieben werden wird, weil der bisherige Vormund der Kinder des Franz Ferdinand, ein Thun-Hohenstein, Protest gegen das Gesetz erhebt und darauf hinweist, daß die Konfiskation den Friedensverträgen widerspricht. In den Friedensverträgen wird nur von der Enteignung der Habsburger gesprochen, die Kinder des Franz Ferdinand sind aber keine Habsburger. Im Jahre 1900 hat sich Erzherzog Franz Ferdinand für alle seine Nachkommen der Ansprüche auf die Herrschaftsrechte begeben und nach dem Tode Kaiser Franz Joseph haben die Hohenberge Kaiser Karl als den rechtmäßigen Herrscher anerkannt. Die tschechischen Juristen behaupten nun, daß tschechische Staatsrecht eine morganatische Ehe nicht kenne, weswegen die Hohenberge als rechtmäßige Nachkommen der Habsburger betrachtet werden und ihr Eigentum daher der Tschechoslowakei zufalle. Falls das Gesetz vom Präsidenten nicht sanktioniert wird, wird die Sache vor das Oberste Verwaltungsgericht kommen.

Ein mehrheitssozialistisches Institut für sozialistische Forschungen. Im Anschlusse an die Programmarbeiten des Görtlicher Parteitagess beabsichtigt die sozialistische Partei ein Institut für sozialistische Forschungen, etwa nach der Art der englischen Fabergesellschaft oder der deutschen katholischen Görresgesellschaft ins Leben zu rufen. Die vorbereitenden Arbeiten liegen in den Händen von Eduard Bernstein, Dr. Alois Köster, Professor Radbruch und Heinrich Schulz.

Das altchristliche Rathaus in Leitmeritz, das in gotischer Stile gebaut ist und zu den merkwürdigsten Baudenkmälern Deutschböhmens gezählt werden kann, soll nun endlich wieder hergestellt werden. Der Mitteltrakt dieses historischen Gebäudes ist im Jahre 1916 zusammengebrochen. Für und wider die Erhaltung wurde viel gestritten. Die Kommission für die Erhaltung von Baudenkmälern setzte sich für die Wiederherstellung des alten Baues ein und die Gewährung eines Staatsbeitrages ermöglicht nun den Wiederaufbau des eingestürzten Mittelteiles.

Erdrössel. In dem Walde längs der Straße von Dubenitz nach Wilanitz (Bezirk Königshof) wurde Dienstag vormittags die Leiche eines jungen Mädchens gefunden, in welcher das aus Brachowitz stammende, 17 Jahre alte Dienstmädchen Franziska Smil sichergestellt wurde. Wie die Untersuchung der Leiche ergeben hat, ist Franziska Smil erdröselt worden, und zwar allem Anscheine nach im Schlafe, sodas es sich hier also zweifelsohne um einen Mord handelt. Als der Tat verdächtig wurde der Sohn eines Landwirtes verhaftet.

Vom Auto überfahren. Gestern um 13 Uhr nachmittags fuhr durch die Königstraße in Wylsofchan ein Automobil. Hinter der Weisnerischen Fabrik fuhr in derselben Richtung ein Lastwagen. An diesem Wagen hielten sich hinten drei Knaben an, unter ihnen auch der neun Jahre alte Karl Swoboda aus Wylsofchan. Gerade in

dem Augenblicke, als das Automobil vorfuhr, sprang Swoboda vom Wagen herab und lief direkt unter das Automobil, welches ihm den Schädel zerschmetterte. Er wurde ins pathologische Institut zur Bormahme der gerichtlichen Obduktion geführt. Das Automobil wurde der Polizeidirektion übergeben und der Chauffeur verhaftet.

In die Moldau gestürzt. Gestern gegen 5 Uhr nachmittags begab sich in etwas angeheitertem Zustande der Arbeiter J. J. aus Pabol nach Hause. Am Libuscha-Ufer in Pabol schlief er ein und fiel in die Moldau. In der Nähe befindliche Schwimmer zogen ihn jedoch heraus und er entkam unbeschädigt der Gefahr.

Ein betrügerischer Chauffeur. Der 37 Jahre alte Chauffeur Johann Stodopa aus Neu-Wylsofchan führte für die Postwagen Mühlen Brot und kassierte dafür den Betrag von 2235 Kronen ein. Diesen Betrag behielt er für sich, ließ die Pferde und den Wagen mitten auf der Straße stehen und erklärte dann, er sei überfallen und um das Geld bestohlen worden. Da diese Angabe nicht glaubwürdig erschien, wurde er verhaftet und gab dann an, er sei betrunken gewesen und wisse nicht, wie er um das Geld gekommen sei. Er wurde dem Landesstrafgericht eingeliefert.

Der Verkauf von Foghurt und Schlagobers wird freigegeben. Das Ministerium für Volksverpflegung teilt mit, daß das Verbot der Erzeugung und des Verkaufs von Foghurt und Schlagobers unter der Bedingung freigegeben werden wird, daß die bisher für Groß-Prag geltenden Milchpreise, nämlich 3 K 60 h für den Liter pasteurisierter Milch und 3 K 40 h für den Liter nichtpasteurisierter Milch im Detailverkauf nicht erhöht werden.

Wasserstandsbericht. Hohenfurt +9, Budweis -24, Tabor +16, Moldautein +4, Bječ +22, Komuf +9, Stechowit -30, Poritschen a. S. -18, Beraun -42, Mobraun -78, Prag Alte Mühlen +20, Karolinental +15, Pardubitz -96, Brandeis a. d. E. -53, Melnik +22, Laun -69, Leitmeritz +44, Aulzig -70, Teitschen -64. Voraussage für den 2. September: Aulzig -72 und Teitschen -80.

### Kleine Chronik.

#### Wetterkatastrophe in Spanien.

Madrid, 24. September. (Havas.) Wolkenbrüche verursachten in verschiedenen Provinzen große Schäden. Die Ernte wurde vollständig vernichtet, viele Brücken weggerissen, 50 Häuser zerstört und viel Vieh ertrank. Tausende Personen sind obdachlos.

Schiffsunglück. Paris, 24. September. (Havas.) Bei dichtem Nebel stieß der belgische Dampfer „Jan Bredel“ bei den Goodwininseln mit dem norwegischen Dampfer „Salina“ zusammen, welcher fünf Minuten nach dem Zusammenstoße sank. Der belgische Dampfer ist abends mit beschädigtem Bug in Dover eingelaugt. Er hat einige Schiffbrüchige gerettet. Insgesamt sollen sieben Personen ums Leben gekommen sein.

Fliegersturz. Paris, 23. September. (Havas.) Der Flieger Romanet erlitt bei den Vorproben zu den Wettflügen um den Becher „Deutsch de la Meurthe“ einen tödlichen Sturz. — Koppenhagen, 23. September. Auf dem Flugplatz Malmö ereignete sich nachmittags ein schweres Fliegerunglück. Bald nach dem Aufstieg des Flugzeuges, in dem sich zwei Fliegeroffiziere befanden, explodierte der Motor und das Flugzeug stürzte zu Boden. Die Leichen der beiden ganz verkohlten Offiziere wurden unter dem Flugzeug hervorgeholt.

Mausüberfall auf einen Personenzug. Die „Gaulois“ meldet, ist in Rumänien ein Personenzug in der Nähe der Station Waschanji (?) von Mäusern mit Gewehrschüssen und Handgranaten angegriffen worden. Der Zugsführer wurde getötet, aber der Feizer gab Vollampf und es gelang so, den Zug zu retten. Zwei Reisende wurden getötet, mehrere verletzt.

Ein Rubel = 10.000 Rubel. Moskau, 24. September. (Hunt.) Der Sowjet der Volkskommissare hat beschlossen, neues Geld auszugeben, das die Aufschrift tragen wird: Ein Rubel gleich 10.000 früherer Rubel.

Ein Eisenbahnunfall bei Schottwien, der sich am Freitag der Vorwoche ereignete, wird erst jetzt von der Wiener Presse gemeldet. Auf der Südbahnstrecke bei der Station Klamm-Schottwien streifte ein Großer Personenzug an den absteigenden Kupfstock eines haltenden Güterzuges. 24 Personen wurden hiedurch verletzt.

### Tetschen.

#### Eine Tragikomödie.

Städte haben ihre Schicksale. Die verachteten Wege, die der Handel im Lauf der Jahrhunderte ging, führten Carthago oder Venedig von stolzer Höhe zum Dahinduseln in tatenloser Halbämmerung, dem Schlafumsonnenen Strüggel hat ein Kind der Stadt, Georges Rodenbach, eine wehmütige Dichtung gewidmet. In den Sturz des lateinischen Weltimperiums wurde Rom mit hineingerissen, Wien bezahlt das Verbrechen seiner Habsburger mit Qualen und dem ausschließlichen Ringen um eine widernatürliche geordnete Existenz. Der große P. der Geschichte hat all die genannten Städte, wie es nicht anders sein konnte, mit in seine Wahn gezogen und deshalb erscheint ihr Schicksal traurig, doch begreiflich.

Das Geschick Tetschens hingegen ist einfach grotesk. Nicht die Geschichte hat es ehern zurechtgehämmert, sondern Pflücker haben es jämmerlich zusammengeschultert. Ein grüner Tisch, besetzt mit jahresverständigen Leuten, als Ratum einer Stadt war noch nicht da. Franzosen, Japaner, Belgier und Engländer beschloßen, daß Tetschen nach tausendjährigen Bestande nicht mehr da sein solle, und es verschwand. Mit Zauberkünsterschnelligkeit verwandelte es sich in ein Polsti-Gieszyn und in ein Cesky-Tesin, ein einziger Federstrich machte ein mathematisches Wunder wahr und setzte 1-2. Es gibt auch kein einfacheres Mittel, zwei Streitende zu versöhnen, als den Zapfapfel zwischen ihnen zu verteilen, oder wie das Goethe und Schiller musterergültig formulierten:

Sieben Stö: stritten darum Homer geboren zu haben.

Nun da der Wolff ihn zerriß, nehme sich jede ein Stück. Die Tschuschen sagten, sie brauchten die Stadt. Ohne sie hätten sie keine ungeführte Bahnverbindung nach der Slowakei. Die Polen sagten, sie liebten die Stadt und ihre Ehre Länge daran. Denn ein Denmal ihres ältesten Fürstengeschlechts, der Wislawa haben mit dem nach ihnen getauften Turm nichts zu tun) krönte die Stadt. Also bekamen die Tschuschen den Bahnhof und die Polen ihren geliebten Turm. Grenze wurde ein kleines, verkehrsgeographisch völlig gleichgültiges Flüsschen, die Dlsa.

Wie die Bewohner sich in dieser massakrierten Stadt einrichten würden — und immerhin waren es an 25.000 — darüber geraden sich Japaner, Franzosen, Engländer und Belgier nicht weiter den Kopf. Auch die Polen und Tschuschen nicht. Deren erste Sorge war es, ihre Stadthälfte vom „Feinde“, rein, vom „slawischen Bruder“, zu säubern. Wehe dem tschechischen Staatsbediensteten, der in Polsti-Gieszyn wohnte! Innerhalb 24 Stunden flog ihm ein Fettel des Wohnungsamtes ins Haus, daß er seine Wohnung binnen 3 Tagen räumen müsse. Verhandlungen, Betteleien, Aufschub auf 14 Tage. Dann aber rumpelte der Möbelwagen unerbitlich vors Haus. Natürlich erfolgte Revanche von tschechischer Seite. Die Stadt glich einem Wienhaus. Nur die Arbeitsfreude der eifrigen Tierchen fehlte. Statt deren herrschte bei den Hin- und Hergerworfenen Verzweiflung und dumpfe Erbitterung. Denn ein neues Sein fanden sie nicht. Tschechisch-Tetschen ist zu klein, neue Parteien aufzunehmen, und nach Polnisch-Tetschen strömte aus Galizien und Kongregpolen ein ganzes Heer von Beamten, Offizieren, Soldaten, Dirnen, Patrioten, Greise, Kranke, kinderreiche Proletenfamilien muhten ihnen Platz machen, der Möbelwagen als Wohnhaus obdachlos wurde im Straßenbild der Städte ein gewohnter Anblick. Jede paar Wochen gab zwischen den beiden Wohnungsämtern einen Vertrag, weil sie sich nicht mehr zu helfen wußten, dann begann der Kleinkrieg, welcher Wohlstand und Behaglichkeit Sunderter ohne rechten Grund vernichtete, aufs Neue Gegenwärtig hat er sich auch auf die Arbeiter ausgedehnt, die in dem einen Staat wohnen und im andern beschäftigt sind, und manchmal wütet ein Wohnungsamt auch gegen die Bürger des eigenen Staates. Die sinnlose Gewalt dieser Teilung hat eben alle Willfür der im Innersten grausamen Bürokratenseele entfesselt, es kitzelt so angenehm, mit Wohl und Wehe des „Untertanen“ nach Gutdünken umspringen zu können!

Der Möbelwagen ist sozusagen das neue Wappenbild der unsreiwilligen Doppelstadt. Das zweite könnte der Schlagbaum sein. An allen Brücken droht er, die über die ominöse Dlsa führen. Weiß-rot links und Weiß-blau rechts und willst Du zwischen den beiden hinüber, mußt Du ein wohlgestempeltes Dokument in Händen tragen. Beliebt es den Herren Zollwächtern, die sich hüben und drüben niedliche Zollhäuschen errichtet haben, darfst Du dich in einem ganzen Schwanz von Angestellten eine halbe Stunde lang herumquatschen, mußt Dich abtasten, mußt Deine Frau sich von einer höchst zweifelhaften Beamtin bis aufs Hemd ausziehen lassen. Wohnt Du aber gar 5 Kilometer diesseits oder jenseits der Dlsa, so ist deren gegenüberliegendes Ufer ohne Paß und Bifum (Preis rund 100 K für einen Uebergang) für sich ein ebenso verbottenes Land wie der Garten Eden für Adam nach dem Sündenfall. Man kann sich vorstellen, daß die Dtschlesler längs der Also sich wie Tiere im Käfig vorlonnen: abgesperrt von der Freiheit des Verkehrs, unterbunden in jahrzehntelang dauernben wirtschaftlichen Beziehungen, von ihrer Arbeitstätte und ihren nächsten Angehörigen abgeschnitten, von der Benützung altgewohnter Bahnverbindungen ausgeschlossen, ihrer Schulen beraubt. Die Deutschen und auch die Polen des tschechischen Teiles haben nämlich keine höhere Schule, keinen Friedhof, kein Elektrizitätswerk. Das Gastweil umgekehrt liefert seine Ware zu Preisen, welche der polnische Sebtteil der Balutastpannung wegen nicht bezahlen kann, kurz, die gesamte Lebensführung ist durch die widersinnig gezogene Zollgrenze ein einziger aufreibender, grausam lächerlicher Kampf.

Die Wirkung sollten, wenn auch die Lust an der Eskatur eine unberäthliche Triebkraft ist, die Schlagbäume doch wohl nicht auslösen.

sondern vor allem sollen sie den Schmuggel verhindern. Na, Proßt! Mahzeit! In Wahrheit ist aus Teschen die Hälfte seiner autständigen Bewohner verschwunden, um dafür Pächtern, Schiebern und Wucherern Raum zu machen. Wie auch nicht. So bequem stoßen sonst das hochvalutige Tschechien und das banterotte Polen nirgends aneinander, in tschechischen Kronen umgerechnet, kosten ein Kilo Fleisch in Polen doch nur 4, 1 Liter Milch kaum 2, ein Ei gar ein Drittel tschechische Kronen. Da lohnt es schon, sich anzustupfen, Schuhe mit Doppelsohlen zu tragen, Anaben und arme Weiber anzustellen, die nachts die Nisa durchwaten, u. dgl. Schliche mehr. Nach Polen wieder brachte oder bringt man Zucker, Stoffe, den vielgeliebten Spiritus, Tabak und schließlich und endlich wandern manche Waren fortwährend herüber und hinüber, ja nachdem das Auf und Ab der Valutaspannung das rällich erscheinen läßt.

Ein besonderes Kapital verdienen dabei die Ein- und Ausfuhrbewilligungen, die sich in Teschen zum regelrechten Handelsartikel ausgebildet haben. An dem verdienen alle; die Bewerber, die Vermittler, die Fürsprecher, die ausstellenden Beamten, nur der Konsument weiß nicht mehr, wo ihm der Kopf steht. Denn ist es in Polen überall teuer — in Teschen ist es beinahe am allertuersten. „Ach bitte Sie“, können die Kunden jede Weile vom Kaufmann hören, „gehen Sie einmal auf die tschechische Seite hinüber und fragen Sie nach dem Preis!“ Durch die Grenznahe also hat hier die polnische Mark vielfach nicht mehr innere als äußere Kaufkraft. Die Wirkung auf die tschechischen Kaufleute ist noch eigentümlicher: Auf polnische Kundenschaft können sie nicht rechnen, die tschechische ist, weil doch nicht alle und alles schmuggelt, auf sie angewiesen. Also sehen sie höhere Preise als z. B. die Östrauer an, weil die Summen im Verhältnis zu den phantastischen polnischen Ziffern (ein Anzug bis 30.000 Mark!) noch immer niedrig klingen. . . Eine einzige Welle des Unsolides, des Kulturrückganges, der nie aussehenden seelischen Depression ist von der Teilung Teschens ausgegangen. Freude an ihr hat niemand, die glücklichen Erwerber nicht und nicht die Bewohner. Aber der geschickte Nussinn bleibt bestehen. Warum? weil die Herren am grünen Tisch ihre Ruhe haben wollen und weil der Neid der beiden Streitenden dem andern keinen Fußbreit des einmal gewonnenen Bodens gönnen will.

**Die Novelle zum Gesetze über die Umsatz- und Luxussteuer.**

Das in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen (im 72. Stück unter Nr. 221) am 8. September l. J. publizierte Gesetz über die Umsatz- und Luxussteuer, welches bereits am 1. Oktober 1921 in Wirksamkeit tritt, enthält eine Reihe wesentlicher Änderungen des bisherigen Gesetzes über die Steuer von Güterübertragungen und Arbeitsleistungen und die Luxussteuer.

Bei der einschneidenden Bedeutung dieses Gesetzes für das gesamte Wirtschaftsleben erscheint es angezeigt, wenigstens auf die wichtigsten dieser Änderungen aufmerksam zu machen:

1. Die Steuer von Umsätzen und Arbeitsleistungen beträgt vom 1. Oktober 1921 an bis auf die nachstehend angeführten Ausnahmen zwei Prozent des Entgeltes. Der bisherige Steuersatz von 1 Prozent wurde bei den unentbehrlichsten Bedarfsartikeln des täglichen Lebens beibehalten, nämlich bei Lieferungen von landwirtschaftlichen Produkten (mit Ausschluß der Getreide, Sämereien, des Hopfens und des ausländischen Obstes), ferner bei Lieferungen von Nahrungsprodukten, Zuckern, vegetabilischen Speisefetten, Fleisch und Fleischzerzeugnissen (mit Ausnahme von Fischen und Wildpret).

Diese Bestimmung haben besonders jene Kaufleute zu beachten, welche Artikel von beiderlei Art führen, da sie vom 1. Oktober ab ihre Steuerzeichnungen entsprechend einzurichten haben.

Nähere diesbezügliche Weisungen wird die Durchführungsbestimmung enthalten, jedenfalls müssen jedoch die der einprozentigen Steuer unterliegenden Leistungen abgefordert von jenen gebucht werden, welche der zweiprozentigen Steuer unterliegen.

2. Eine weitere wichtige Neuerung ist auch die Bestimmung, daß der Verkäufer dem Käufer die Steuer abgefordert verrechnen kann und hierzu über Verlangen des Käufers sogar verpflichtet ist.

Zu beachten ist auch, daß die zweiprozentige Steuer auch von jenen Lieferungen zu entrichten kommt, welche vor dem 1. Oktober vereinbart, event. auch schon bezahlt wurden, welche jedoch erst nach dem 30. September vollzogen werden.

Der Verkäufer ist jedoch in diesen Fällen berechtigt, die Steuerberechnung dem Käufer nachträglich aufzurechnen.

3. Sämtliche Unternehmer haben sowohl die Umsatzsteuer als auch die Luxussteuer vierteljährig ohne amtliche Aufforderung von den im betreffenden Vierteljahre erzielten Leistungen binnen sechs Wochen nach Ablauf desselben zu entrichten.

Bei verspäteter Zahlung werden 10 Prozent Verzugszinsen berechnet.

Wichtig ist die Bestimmung, wonach die Abschlagszahlungen für das erste, zweite und dritte Vierteljahr des Jahres 1921 bis zum 15. November 1921 eingezahlt werden müssen. Es erscheint dringend geboten, auf diese verhältnismäßig bedeutende Zahlung bedacht zu sein.

4. Der Begriff des steuerpflichtigen Unternehmers ist im neuen Gesetze bedeutend erweitert, jedoch nunmehr unter denselben zahlreiche Subjekte fallen, die früher für ihre Leistungen und Lieferungen keine Steuer zu zahlen hatten; dies gilt insbesondere von allen Sportvereinen hinsichtlich der bei Spielen und sonstigen Veranstaltungen eingehobenen Eintrittsgelder.

5. Der Steuersatz der Luxussteuer wurde unverändert gelassen.

Eingegen wurde das Verzeichnis der luxussteuerpflichtigen Gegenstände erweitert, die für die Luxusgesellschaft maßgebenden Wertgrenzen nomhaft erhöht und die Einhebung der Steuer bis auf wenige Ausnahmefälle zum Erzeuger verlegt.

Im Einzelhandel bleiben versteuert Pelzwaren, Möbel, Beleuchtungskörper, Tiere, Antiquitäten, Briefmarkensammlungen, künstlerische Reproduktionen, Bilder, Plakate, Musikinstrumente, Juwelen, Uhren und Naturerzeugnisse.

Diese Aufzählung der Abänderungen des ursprünglichen Gesetzes ist allerdings nicht erschöpfend. Abdrücke des Gesetzes sind bei Staatsdruckerei in Prag III erhältlich.

**Die Entscheidung über die Löhne im nordböhmischen Baugewerbe.**

Die Entscheidung des Lohnschiedsgerichtes über die Löhne der nordböhmischen Bauarbeiter ist in der am 23. September 1921 durchgeführten Verhandlung erfolgt. Den Anlaß zur Kurierung des Gerichtes gab das Vorgehen der nordböhmischen Baumeister, weil diese ab 4. Juli die Löhne der Bauarbeiter einseitig herabgesetzt hatten. Die Bauarbeiter beantworteten dieses Vorgehen der Unternehmer mit dem Streik und im Verlaufe des Streiks wurde von den Bauarbeitern die Streikfrage dem Prager Lohnschiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt. In der Verhandlung am 3. August machte der Vorsitzende den Parteien den Vorschlag, daß der Streik aufgehoben und die Arbeit vorläufig zu den herabgesetzten Löhnen aufgenommen werden soll. Eingegen sollen die vom Schiedsgericht festgesetzten neuen Löhne rückwirkend vom Tage der Arbeitsaufnahme Geltung haben. Entsprechend diesem Vorschlage empfahl der Bauarbeiterverband seinen streikenden Mitgliedern die Arbeitsaufnahme. Das Vorgehen der Verbandsleitung löste bei den Mitgliedern alles andere als freundliche Zustimmung aus. Die übergroße Mehrheit der beteiligten Bauarbeiter handelte in muterzügiger Disziplin nach dem Räte der Organisationsleitung.

Die am 3. August stattgefundenen Verhandlung des Lohnschiedsgerichtes wurde wegen der Einholung von Gutachten vom Verpflegungsministerium und vom Ministerium für soziale Fürsorge vertagt. Diese höchst dürftigen Kennerungen beider Ministerien lagen in der Verhandlung vom 23. September vor. Das Ministerium für Ernährung stellte fest, daß in Reichenberg die Kosten für Ernährung um angeblich nur 5 Prozent höher seien als in Prag. Das Ministerium für soziale Fürsorge erklärt einen Unterschied in den Löhnen der nordböhmischen Bauarbeitern und jenen von Prag mit Rücksicht auf die höheren Preise in Reichenberg für begründet. Auch die sozialen Verhältnisse seien für die nordböhmischen Bauarbeiter ungünstiger. Inwiefern dies durch höhere Löhne ausgeglichen werden solle, könne das Ministerium aber nicht sagen, weil es außerstande sei, diese ungünstigen Umstände ziffernmäßig zu erfassen. Gegenüber diesen Gutachten verwiesen die Vertreter der Bauarbeiter auf die von der wirtschaftlichen Station festgestellten Indexziffern. Die Indexziffer für Nordböhmen ist um 19 Prozent höher als in Prag. Nach diesen Zahlen sei nicht nur die Wiederherstellung der alten Löhne begründet, sondern darüber hinaus noch eine Lohnerhöhung. Die Vertreter der Bauarbeiter beantragten auf die alten Löhne eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Falls das Gericht diesen Antrag ablehnt, stellten sie den Eventualantrag, für 1922 eine Erhöhung der alten Löhne festzusetzen. Die Vertreter der Baumeister stellten sich auf den Standpunkt des Lohnabbaues. Da seit Februar bei einer Reihe von wichtigen Artikeln eine wesentliche Preissteigerung eingetreten wäre, sei eine vierprozentige Lohnherabsetzung zu wenig und da der Ausspruch des Gerichtes eine hohe Geltung hätte, beantragten sie eine höhere als vierprozentige Herabsetzung. Nach einer längeren Beratung verkündet der Vorsitzende das Erkenntnis, wonach statt der vierprozentigen Herabsetzung der Löhne nur eine zweiprozentige eintreten soll. Diese Löhne sollen rückwirkend ab vom Tage der Arbeitsaufnahme bis auf ein Jahr Geltung haben. Der derzeitige Stundenlohn von 6 Kronen in der 1. Ortsklasse erhöht sich damit auf K 6,10. Dem entsprechend bauen sich alle übrigen Lohnsätze auf.

Diese Entscheidung des Gerichtes kann die Bauarbeiterschaft nicht befriedigen. Der Anariff der Unternehmer auf die Löhne ist zum Teil gescheitert, aber das Gericht hat den wirt-

schafflichen Tatsachen nicht Rechnung getragen. Auch die ganze Erledigung solcher Lohnfragen, welche das Wohl und Wehe von zehntausend Arbeitern und deren Familien berühren, fordert die schärfste Kritik heraus. Dieses Gericht bietet nach seiner ganzen Einrichtung keinerlei Gewähr für eine richtige Beurteilung der komplizierten Verhältnisse. Es liegt uns ferne, die zur Entscheidung berufenen Menschen hierfür allein verantwortlich zu machen. Das Uebel liegt vor allem an der Einrichtung selbst. Dieses Schiedsgericht soll ja vor allem eine Einrichtung zur Verhinderung von Lohnerhöhungen sein. Die Praxis des Gerichtes verschärft aber das Uebel noch mehr. Daß lediglich amtliche Auskünfte vom Ministerium zur Beurteilung von Arbeiterfragen bestimmend sein sollen, ist im Gesetze nirgends vorgeschrieben, scheint aber der Grundsatz dieses Gerichtes zu sein. Das Ministerium für soziale Fürsorge sagte in seinem Gutachten, die sozialen Verhältnisse der nordböhmischen Bauarbeiter seien ungünstiger als in Prag, es könne dies aber nicht ziffernmäßig im Verhältnis der Löhne zum Ausdruck bringen. Ein Vertreter der Bauarbeiter wollte dem Gerichte durch Vorlage eines statistischen Materials, welches dem Gerichte wichtige Anhaltspunkte bieten konnte, darüber Aufschluß geben. Der Vorsitzende des Gerichtes findet diese Ausführungen überflüssig und erucht damit die Ausführungen des Arbeitervertreters abzuschneiden. Das Gericht könne das nicht berücksichtigen. Weil es keine Auskunft des Ministeriums ist? Schon formell war die Bemerkung des Vorsitzenden unzulässig, sachlich war sie sehr funderbar. Es ist ohneweiters zu gegeben, daß eine Beweiserhebung über die sozial ungünstigen Verhältnisse der nordböhmischen Bauarbeiter sehr schwierig und die geforderten Beweise nicht einwandfrei sein mögen. Aber unmöglich war sie doch nicht. Wenn in einem Zivilprozeß objektive Beweismittel fehlen, dann müssen schließlich durch Befragung und Einvernahme der Parteien wichtige Umstände hergestellt und somit eine ausreichende Grundlage für das Urteil gesucht werden. Der Vorsitzende ist dem auch dem Wege gegangen, ja er versuchte das Vorbringen der Parteien zu beengen. Für das Lohnschiedsgericht gilt das Rechtsverfahren wie für Gewerkschaften. So muß man wünschen, daß die für den Bagatellprozeß vorgesehenen Rechtsformen und Garantien der Rechtsfindung auch beim Lohnschiedsgericht angewendet werden. Man soll nicht übersehen, es handelt sich hier um die Entscheidung von Prozessen von größter Tragweite und auch ökonomisch um große Summen. Die vom Gerichte zugesprochene Nachzahlung macht für den einzelnen Arbeiter wenig, für die Gesamtheit der Arbeiter eine Viermillionen Kronen aus. Der Prozeß geht um Millionen überhaupt. Bei der Bedeutung solcher Prozesse ist es außerordentlich peinlich, die Wahrnehmung machen zu müssen, daß die Rechtssicherheit für zehntausend arbeitende Menschen jedem Zufall anheimgestellt ist, während der kapitalistische Schieber in seinen Prozessen von allen Finessen der Rechtsordnung Gebrauch machen kann und bei den gelehrten Richtern hierfür mehr Verständnis findet.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

Der größte deutsche Konsumverein in der Tschechoslowakei ist nach der Verschmelzung mit dem Konsumvereinen Neudel und Platten der Konsumverein Altrohlan bei Karlsbad. Dem Jahresbericht dieses Vereines, der das Jahr vor der Vereinigung umfaßt, entnehmen wir, daß der Umsatz im vergangenen Jahr über 31 Millionen Kronen betragen hat, das ist gegenüber dem Jahre vorher eine Steigerung von nicht weniger als 14 Millionen Kronen. Am Schlusse des Geschäftsjahres setzte sich die Mitgliederzahl aus 8642 Familien mit einem Verpflegungsstande von rund 35.000 Köpfen zusammen. Das Betriebskapital der Genossenschaft hat sich in den letzten Jahren ebenfalls bedeutend vergrößert. Die Geschäftsanteile betragen K 777.815.— gegenüber K 331.805.— im Vorjahre. Der Reservefonds beträgt K 572.805.—. Die Spareinlagen erreichten bis Jahreschlusse eine Höhe von über 2 Millionen Kronen und es sind in den letzten Jahren 1.7 Millionen neue Spareinlagen eingezahlt worden. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß das Vertrauen der Mitglieder zur Genossenschaft ständig im Wachsen begriffen ist. Das Warenlager in den 45 Verkaufsstellen und in der Zentrale in Altrohlan betrug am Tage des Geschäftsabchlusses 6.9 Millionen Kronen. Das bedeutendste Ereignis in der Geschichte des Vereines im vorigen Jahre war jedoch die bereits erwähnte Verschmelzung mit den Konsumvereinen Neudel und Platten, die im Juni durchgeführt wurde. Der Mitgliederstand des so geschaffenen Großkonsumvereines beträgt gegenwärtig 12.000 Fa-

milien mit einem Verpflegungsstande von 50.000 Köpfen und 52 Verkaufsstellen. Die Entwicklung des Vereines bedeutet einen gewaltigen Aufschwung der Genossenschaftsbewegung in Westböhmen.

Internationale genossenschaftliche Frauenkonferenz. In Basel hat im Anschluß an den internationalen Gewerkschaftstag eine Frauenkonferenz stattgefunden, die von 40 Frauen besucht war. Den Vorsitz führte Genossin Freundlich, Wien, die auch ein Referat über die Verbindung der genossenschaftlichen Frauen-Internationale mit der genossenschaftlichen Allianz hielt. Die Konferenz nahm folgende Entschlieung an: „Die erste internationale genossenschaftliche Frauenkonferenz wünscht eine rege Verbindung zwischen den Frauen aller Länder aufzurichten, um die Arbeit und die Begeisterung für die Ziele auszunutzen, die die internationale Allianz anstrebt. Die Konferenz hofft auf die volle Unterstützung des Internationalen Bureaus. Die Frauenkonferenz begrüßt es, daß in Internationalen Bureau auch Frauen vertreten sind, und hofft, daß das Bureau auch bei der Neuwahl des Exekutivkomitees die Vertretung der Frauen berücksichtigen wird, denn je enger die Zusammenarbeit zwischen Mann und Frau und je größer die Gleichberechtigung der Frauen in der Bewegung ist, desto schneller werden wir unsere genossenschaftlichen Ziele erreichen.“ Ferner wurde beschlossen, einen ständigen Ausschuß der genossenschaftlichen Fraueninternationale zu wählen. Zur Präsidentin dieser Organisation wurde Genossin Freundlich, zur Sekretärin die englische Genossenschaftlerin Enfield bestimmt.

Vor einem Kampfe der Landarbeiter in Mähren. Durch die Ernährungsverordnungen für das heurige Jahr wurde ein großer Teil der Arbeiter auf Tagelohn aus der öffentlichen Versorgung ausgeschlossen. Die Organe des staatlichen Verteilungsdienstes weigern sich daher auch, die landwirtschaftlichen Arbeiter zu verpflegen und fagen, die landwirtschaftlichen Arbeiter sollen durch ihre Unternehmer verpflegt werden. Da aber diese Verpflichtung in der Verordnung keineswegs ausgesprochen ist, weigert sich die Mehrzahl der Unternehmer in Mähren, den landwirtschaftlichen Arbeitern Brot und Mehl zu geben. Sie erklären sich höchstens bereit, die bei ihnen beschäftigten Arbeiter, aber nicht deren Familien zu verpflegen. In den diesbezüglichen Verhandlungen sind nun die Arbeiter nicht darauf eingegangen, wodurch der Konflikt zwischen den Arbeitern und Unternehmern in Mähren akut geworden ist. Die Agrarier wollen möglichst wenig abliefern und möglichst viel verdienen, aber ihre Arbeiter zu verpflegen, das fällt ihnen nicht im geringsten ein. Falls die Unternehmer weiter halbstarrig bleiben, dürfte es in Mähren zum Kampfe kommen.

Sitzung des Reichswirtschaftsrates. In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates wurde eine ausführliche Debatte über die Teuerung auf dem Bäckermarkt abgeführt. Es wurde beschlossen, eine Enquete über Bäckerteuerung einzuberufen. Außerdem wurde eine Entschlieung gefaßt, wonach der um 33 Prozent erniedrigte Tarif für Fisch weiter aufrecht erhalten bleiben soll.

Die Ausnützung der Wasserkräfte in Oesterreich. Die Gemeinde Wien genehmigte gestern in einer außerordentlichen Sitzung den zwischen der Gemeinde Wien und einem Wiener Bankenkonzern abgeschlossenen Vertrag, betreffs der Durchführung des Projektes zur Ausnützung der Wasserkräfte in Oesterreich und Versorgung Wiens mit elektrischer Energie. Es wird zu diesem Zwecke eine Aktien-gesellschaft mit einem Aktienkapital von 500 Millionen Kronen begründet. Von diesem Betrage entfallen auf jede Partei 250 Millionen. Die Kosten des Projektes werden auf 10 Milliarden Kronen berechnet, welche durch Obligationen der Gesellschaft beschafft werden, für welche die Gemeinde Wien die Bürgschaft und Amortisierung übernimmt.

Die „Dyastien“ der neuen Welt. „Die Macht der Gelddyastien ist heute größer als die aller Königs- und Herrscherhäuser. Sie haben die Gewalt über Leben und Tod auf der ganzen Welt. Es gibt eine Petroleum-Dynastie und eine Kupfer-Dynastie, eine Dy-nastie des Rindfleisches und eine der Kohle, Stahl- und Eisenbahn-Dynastie, die Dy-nastie des elektrischen Lichtes und des Gases, Dy-nastien von Tabak und Gummi, von Zucker, kurz Dy-nastien, die all jene Stoffe in ihren Händen haben, die für das Leben des Volkes unbeding-t notwendig sind.“ Diese Sätze finden sich in einem soeben erschienenen Buch von Mr. Henry S. Klein, das den Titel führt: „Das dy-nastische Amerika und die, die es regieren“. Klein, der erste Vorsitzende der Einschätzungs-kommission Newyork hat in das Vermögen der Dollarkönige einen tiefen Einblick getan und beantwortet auch die Frage nach den reichsten Männern der Welt. Das Vermögen Rockefeller gibt er mit 2400 Millionen Dollars an.

Außerdem enthält sein Buch noch genaue Angaben über 175 amerikanische Riesenvermögen, die alle mehr als 10 Millionen Dollars umfassen. Die größten Vermögen, die nach Rockefeller in Amerika gesammelt wurden, werden von Klein folgendermaßen angegeben: Andrew Carnegie mit 300 Millionen Dollars, Frederick Weyerl hier mit ebenfalls 300 Millionen Dollars, William Waldorf Astor mit 200 Millionen Dollars, Charles S. Hartness mit 170 Millionen Dollars, Oliver P. Payne mit 150 Millionen Dollars. Carnegie erwarb sein Vermögen durch Handel mit Stahl, Wäpverbau durch Handel mit Holz, die Astors verdienten ihr Vermögen durch Terrainspekulationen, Hartness und Payne durch Handel mit Petroleum. Der eigentliche „König“ Rockefeller aber steht an der Spitze aller dieser Dynastien. Er ist nach dem Worte Kleins „der wahre Koloss von Rhodos, zwischen dessen gespreizten Beinen die Welt liegt.“ Die Rothschilds in Europa, deren Vermögen auf 2 Millionen Dollars geschätzt wird, die Guggenheims, Dubontes, Vanderbilts und Astors, deren Familien jede zusammen ungefähr eine halbe Million Dollars ihr eigen nennen, sind nichts gegen Rockefeller mit seinen fast 2 1/2 Milliarden Dollars.

**Den „Naturfreunden“ zum Gruß!**

Am heutigen Tage versammeln sich in Prag, im „Goldenen Kreuzel“, die Delegierten des Arbeitertouristenvereines „Die Naturfreunde“. Im vorigen Jahre waren es 25 Jahre, daß in Wien von einem kleinen Kreis ideal veranlagter Arbeiter die Zentralgruppe unseres Touristenvereines gegründet wurde. Dr. Renner, damals noch Student, der Metallarbeiter Rohrauer, dessen Sohn (ebenfalls ein Student) und einige andere Genossen fanden sich zusammen, um den Grundstein zu einer Organisation zu legen, die, aus der kleinen Wiener örtlichen Gruppe herausgewachsen, heute ein großes, achtunggebietendes internationales Werk der Arbeiterklasse geworden ist. Im ersten Jahre traten an 200 Genossen und Genossinnen dem Vereine bei, aber bald verbreitete sich sein Wirkungskreis. In Steyr wurde die erste Ortsgruppe gegründet, im Jahre 1896 jene in Turn, die heute ihr 25-jähriges Jubiläum feiern konnte. Bald entstanden in Ungarn, Bosnien, in Deutschland, in der Schweiz, ja selbst in Amerika Naturfreunde-Gruppen. Im Jahre 1914 zählte der Verein schon 27.000 Mitglieder, da gebot der Krieg der Entwicklung ein jähes Halt. Genau so wie bei den anderen Arbeiterorganisationen sah man in den Kriegsjahren die Mitgliederzahl ab, doch schon 1916 war der Tiefstand mit 16.000 erreicht. Von da an ging es wieder langsam aufwärts. Als beim Zusammenbruch alles heimkehrte, waren auch gleich die Pioniere unserer Touristenbewegung zur Stelle. In überraschend kurzer Zeit stieg die Mitgliederzahl um Bedeutendes, die reichsdeutschen Gruppen gingen vorbildlich voran. Bei der 7. Hauptversammlung in Salzburg

konnte der alte Präsident Rohrauer mit Stolz berichten, daß 70.000 Genossen und Genossinnen zu den „Naturfreunden“ zählen. Heute ist die Zahl bereits auf 80.000 in über 700 Ortsgruppen gestiegen, fast täglich finden Neugründungen statt.

Durch den Umsturz waren auch die tschechoslowakischen Ortsgruppen gezwungen, einen eigenen Verein zu gründen. Zur besseren Arbeitsteilung wurde das ganze Gebiet in Gauen geteilt. Aber es fehlte die Zusammenfassung, die einheitliche Leitung, großzügiger Initiative. Deshalb wurde die heutige Reichskonferenz sämtlicher Gauen und Gruppen nach Prag einberufen. Überall in den anderen Ländern hat die Naturfreundebewegung einen großen Fortschritt zu verzeichnen. Auch in der tschechoslowakischen Republik hat sich die Zahl der „Naturfreunde“ seit dem Zusammenbruch vervielfacht. Doch in Anbetracht unserer hochentwickelten Arbeiterbewegung ist das zu wenig. In jedem Orte, wo heute ein Turn-, Gesang- oder Radfahrerverein sich befindet, soll auch der Sitz einer Naturfreunde-Gruppe sein. Unsere Arbeiter, die an den Wochentagen in den stickigen und dumpfen Räumen der Betriebe haufen, sollen hinausgeführt werden in die freie Natur, sollen erziehen werden zum Naturgenuss, sollen freie und denkende Menschen werden. Auch die Touristenbewegung der Arbeiterschaft ist ein Glied in der Kette aller jener Organisationen, welche sich als Ziel die Befreiung vom wirtschaftlichen, politischen und geistigen Joch gesetzt haben. Darum sei all denen, die heute in Prag bei der Konferenz der „Naturfreunde“ weilen, unser Gruß entboten. Möge ihre Arbeit von Erfolg begleitet sein und möge hier der Grundstein zum Wachstum der Bewegung in der Republik gelegt werden.

**Ans der Partei.  
Eine Seliger-Gedenkfeier**

veranstalten die Kreisorganisation Teplitz-Saaz und die Bezirksorganisation Teplitz am 21. Oktober, dem Jahrestage der Beerdigung unseres unvergesslichen Führers. Die Gedenkfeier findet um halb 8 Uhr abends im großen „Imperator“-Saale in Turn statt. Das Teplitzer Kurorchester wird sie mit dem Vortrag von „Siegfrieds Tod“ und dem Trauermarsch eröffnen, dann folgt der Chor „Weihelieb“ von Fehner, gesungen von den Arbeiterfängern des Teplitzer Bezirkes. Abgeordnete Genosse Dr. Czech hält sodann die Gedenkrede, worauf mit dem Uthmannschen Chor: „Es flammt eine Lohe“ und einer Phantastie von W. Kienzl die Feier beschlossen wird. Der Eintritt ist nur politisch oder gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gestattet. Ein Eintrittspreis wird nicht eingehoben. Die benachbarten Bruderorganisationen und alle Parteiförperschaften werden zur Teilnahme an dieser Gedenkfeier besonders eingeladen.

**Zur Frauenreichskonferenz!**  
Wie wir aus verschiedenen Berichten der Parteipresse ersehen, haben schon einige Organisationen die Wahl von Delegierten zur Frauenreichskonferenz vorgenommen, ohne daß ordnungsgemäß die Anmeldung der Teilnehmerinnen bei uns erfolgt wäre. Wir machen an dieser Stelle alle Bezirks- und Kreisorganisationen, ebenso die Frauenkomitees nochmals darauf aufmerksam, daß die schriftliche Anmeldung der Delegierten stets sofort nach vorgenommener Wahl im Sekretariat des Frauenreichskomitees, Teplitz-Schönan, Seilerstraße Nr. 1, zu erfolgen hat.

Weiters bitten wir alle jene Delegierte, die in Bodenbach übernachten müssen, sich wegen Beschaffung einer Wohnung an den Genossen Emil Arnberg, Bodenbach, Poststraße Nr. 813, zu wenden.

Das Sekretariat des Frauenreichskomitees.  
Der Bezirkskonferenz Freitag, den 18. September im Böhmischdorfer Werkshotel stattfand, wurde berichtet, daß die Bezirksorganisation seit der letzten Waiskonferenz einen starken Aufschwung genommen hat. Vier Ortsgruppen wurden neu aufgebaut, die bestehenden gestärkt, so daß von der kommunistischen Herstellungsarbeit schon wieder viel gutgemacht ist. In die Bezirksleitung wurde Genosse Franz Josef, Ober-Baidenan, zum Bezirksleiter Gen. Wasserberg gewählt. Beschlossen wurde, eine Werbewoche für Presse und Organisation zu veranstalten und eine Bezirksparteischule abzuhalten. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Alfred Rüdert und Heinrich Teufelhart gewählt.

**Kunst und Wissen.**

10 volkstümliche Sonntagskonzerte um 1/4 in der Produkthörse. Die Ausgabe der Abonnements zu K 44, 68, 92 und 115 für alle 10 Konzerte inkl. Steuer wird täglich bei Wexler fortgesetzt. Generalprogramm ebenfalls selbst.

Sächsische Philharmonie. Heute Sonntag um 1/4 Uhr nachmittags wirken bei dem Philharmonischen Konzerte im Smetana-Saale die russischen Künstler Belousov und Borobsky mit. Heute Sonntag um 1/2 Uhr abends dirigiert E. B. Celansky die Sächsische Philharmonie im Smetana-Saale. Programm: E. B. Celansky: II. Trilogie. Dvorak: V. Symphonie. — Bruno Walter Bayer, Generalmusikdirektor und Operndirektor am Nationaltheater in München, dirigiert 27. ds. um 7 Uhr abends Mozarts C-dur Symphonie und Mahlers D-dur Symphonie. Karten im Vorverkauf und bei der Kasse.

Neues Theater. Heute nachmittags 2 1/2 Uhr Hauptmanns „Weber“, abends neu studiert „Djamileh“ und „Lucia von Lammermoore“. Morgen Montag „Tanz ins Glück“. Dienstag „Die Schauspieler“. Mittwoch Nachmittag (Feiertag) „Das Sperrschloß“. Donnerstag „Die Weber“. Samstag „Die Scheidungsreise“, nächsten Sonntag Nachmittag „Das Hollandweibchen“. — Richard Romanovsky wird Samstag in den Einakten „Schöne Seele“ von Salten, „In Ewigkeit Amen“ von Wildgans, „Trautjahn“ von Thoma (Nach-

vorstellung 10 Uhr) und kommenden Dienstag als Menelaos in der „Schönen Helena“ gastieren.

Urania.  
Eröffnungabend: Dancie-Feier. Mittwoch, den 28. September, 8 Uhr. 1. Friedrich Adler: „Dantes Persönlichkeit“ — „Sittliche Komödie“ (mit Licht.), 2. Riccardo Finzi: Rezitationen (ital.), 3. Chefred. Wesselski: „Dante in der Legende“, 4. Jonell Geldern (Deutsches Theater), Rezitationen (deutsch): a) „Das Hölleentor“, b) „Francisca bei Rimini“. Karten 6—8 K. Regierungsrat Tartaruga-Wien zwei Vorträge: Montag, den 3. Oktober, 8 Uhr: „Kriminaltelepathie“, Dienstag, den 4. Oktober, 8 Uhr: „Terres aus der Postgelehrte“. — Im Bilde durch die Welt, 10 Lichtbildvorträge jeden zweiten Sonntag Nachmittag. Beginn 9. Oktober: Forschungsreisender Kurt Hensler-Verlin „Das unbekannte Spanien“ (mit 100 Lichtb.). Weitere Themen: Rürnberg und Rothenburg, „Eine Reise durch Island“, „Im Lande der Pyramiden“. Abonnement 30 Kr. Für die 10 volkstümlichen Sonntag-Nachmittagskonzerte in der Produkthörse und für den Vortrag Ludwig Sardi (1. Oktober) steht den Mitgliedern eine Anzahl ermäßigter Karten in der Urania-Kanzlei zur Verfügung. Mitgliedsanmeldungen und Mitgliedsartenrenewierung (Jahreskarte 5 Kr.) täglich Urania-Kanzlei 10—1 und 4—7 Uhr.

**Turnen und Sport.**

E. A. Slavia gegen E. A. Kolín 3:0. Slavia mit 6 Ersapleuten, legte eine deutliche Ueberlegenheit an der Tag.

E. A. Pardubitz gegen E. A. Hagibor 5:2 (2:2). In den ersten Minuten gelingt es Hagibor, die noch nicht eingespielten Pardubitzer durch zwei aufeinanderfolgende Tore zu überraschen und die Führung bis zur Hälfte der ersten Halbzeit an sich zu reißen. Die Pardubitzer finden sich hierauf zurecht, gleichen in der ersten Halbzeit aus und siegen durch ihr rasches Spiel und präzise Kombination, dem die Hintermannschaft des Hagibor nicht gewachsen war. In der 15. und 10 Minuten vor Schluß werden je in Spieler von Pardubitz ausgeschossen.

Heute spielt in Teplitz E. A. Slavia gegen D. F. A. Teplitz.

In Prag spielen: D. F. C. Prag gegen Viktoria Zizlow, A. C. Sparta gegen Rudolfsbügel Wien.

**Vereinsnachrichten.**

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Donnerstag, den 29. September um 8 Uhr abends findet im Restaurant „Goldenes Kreuzel“, Refektorium, die Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Das Betriebsrätegesetz. Referent Kollege Karl Löwit aus Teplitz. Gäste willkommen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Zichorienmeister.** 112  
Tüchtiger Fachmann in Röstung, Präparierung, Vermahlung, Sortierung, Verpackung, Lagerung etc. wird für eine neu errichtete Fabrik i. d. Nähe Prags zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerte unter Angabe der Gehaltsansprüche unter Chiffre „Fachmann“ an die Verwaltung des Blattes.

**Kleiner Anzeiger**  
Erstklassige **Kragenbüglerin** wird per 1. Oktober aufgenommen.  
Chemische Reinigung **Friedrich Hölscher, Znaim.** 102

**Piering-Senl und Essig** ist der Beste!  
zu haben in allen Konsum-Vereinen. 47

**Bücher und Broschüren** aller Art  
liefert zu den günstigsten Bedingungen 16 **Volksbuchhandlung**  
**Ernst Sattler, Karlsbad.**

**100 %**  
Roman eines Patrioten von Upton Sinclair (illustriert), Kronen 19.50, liefert **Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönan** Theresieneggasse 18. 26  
Großes Lager ausgewählt guter Unterhaltungsschriften. Nicht Lagerndes wird in kürzester Zeit ohne besonderen Preiszuschlag besorgt.

**Gastwirtschaft**  
**„Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Prag II., Hybernská 7.  
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke. Trinkgelder aufgehoben!

Mit Parteilegitimation 5% Rabatt!  
**„EPOCHA“**  
Ungeziefer-Isolierapparat.  
Nach ärztlichem Gutachten die einzige hygienische Möglichkeit, von der Wanzenplage wirklich befreit zu werden. Retten Sie Ihr Haus, Wohnung, Möbel und Wäsche, aber vor allem Ihre nächtliche Ruhe. 50  
Filiale der Firma Waltera. Gegründet 1857.  
„Epocha“ chem. Präparate und Apparate **Prag I., Jakubská 4.** Telefon 3458b.  
Berufen Sie sich auf Abt. „Apparate“.

**Kautschuk-Stampigllen** erzeugt schnell, gut und billig **Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.**

**Výrobní a nákupní družstvo krejčí in Prag.**  
Hauptstelle: Hybernská ul. 7. (Lidový dům.) Telefon 5724.  
Erzeugt:  
Alle Arten von Herren- und Damen-Kleidern in erstklassiger Ausführung aus eigenen und mitgebrachten Stoffen.  
Liefert:  
Für sämtliche Staats-, Landes- und Stadämter, öffentl. und Privatangestellte und Fabriken, Arbeits- und Strassenkleider in soider Ausführung und zu billigen Preisen.  
FILIALEN:  
**Nusle, Riegerplatz Nr. 415, „U Mašků“.**  
Elegante Herrenanzüge, Überzieher, Hosen, Kinderanzüge, Damen-Kostüme, Blusen, fertige Kleider und nach Mass. Verkauf von Wäsche, Manufaktur-Waren aus Leinen, Baumwolle, Futter und Schneider-Zugehör.  
**Prag II., Národní třída Nr. 36, 2. Stock.**  
Erstklassiger Damensalon! 110  
Kostüme, Mäntel, Kleider u. Blusen nach neuesten Modellen.

Für Konsumvereine, Genossenschaften und gewerkschaftliche Organisationen übernimmt zu **Spezialkonditionen** die Import- und Export-Expedition **J. H. BASCH, PRAG** Internationale und Uebersee-Transporte.

**HERRMANN & LIEBAN, PRAG I., Mikulášská 3.**  
FILIALE IN MÄHR.-OSTRAU, HERBENOVÁ.  
**FABRIKSNIEDERLAGEN, TÜCHER UND SHAWLS. MANIPULATION IN TEXTILWAREN.**